

JÜRGEN MARKWIRTH

»moving cultures in model city«

Einblicke in das interkulturelle Nürnberg

Nürnberg, eine Stadt mit langjähriger Erfahrung im Bereich von Integration und interkultureller Arbeit, schickt sich an, im anstehenden »Jahrzehnt der Integration« (Dr. Albert Schmid, Präsident des künftigen *Bundesamtes für Integration und Flüchtlinge*) erneut Zeichen zu setzen und die kommunale Integrationspolitik als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Stadt nochmals weiterzuentwickeln und zu einem der Schwerpunkte städtischen Handelns zu machen. »Wir setzen uns ein für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen und ermöglichen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben«, heißt es dazu im vor kurzem verabschiedeten Leitbild der Stadt Nürnberg. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (SPD) sagte diesbezüglich in seiner Antrittsrede unter anderem: »Eine Selbstverständlichkeit des reibungsfreien Zusammenlebens gibt es nicht. Das ist ein Wert, für den zu kämpfen sich auch täglich lohnt. Wir werden unsere Anstrengungen für Integration und Akzeptanz kultureller Vielfalt verstärken.« Auf seine Initiative hin wurde die bisherige Kommission des Stadtrats für Ausländerfragen in *Kommission für Integration und interkulturelle Angelegenheiten* umbenannt. Dass er die Sitzungen dieser Kommission persönlich leiten will, zeigt die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen. Rund zwanzig Jahre nach Verabschiedung eines ersten »Ausländerprogramms der Stadt Nürnberg« im Jahr 1982 soll 2003 mit einem Bericht zum Stand der Integration eine Zwischenbilanz kommunaler Integrationsbemühungen gezogen werden und anschließend Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden. Einen Impuls zur Verstärkung der Aktivitäten gab dabei auch die beabsichtigte Umwandlung des *Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* zum *Bundesamt für Integration und Flüchtlinge*. Dass die künftig wichtigste Bundesbehörde im Bereich der Integration ihren Sitz in Nürnberg haben soll, ermutigt auch die Stadt, sich als »Modellstadt« in diesem Bereich zu profilieren und dabei die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt zu suchen. Auch weiterhin werden neben sozial- und bildungspolitischen Themen kulturpolitische Fragestellungen

und kulturelle Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Integration, die nicht die einseitige Anpassung der Zuwanderer zum Ziel hat, sondern die Akzeptanz kultureller Vielfalt betont, und die sich nicht auf die (zweifelsohne unverzichtbare) Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen beschränken will, kommt gerade dem Feld der Kultur eine große Bedeutung zu. Nürnberg hat das früher als andere deutsche Städte schon vor vielen Jahren erkannt. So kann beispielsweise das städtische *Amt für Kultur und Freizeit (KUF)* mittlerweile auf über zwanzig Jahre Erfahrungen im Bereich interkultureller Arbeit zurückblicken.

Passend zu den Nürnberger Zielsetzungen steht das nächste gemeinsame Kulturprojekt der vier Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach, das im Sommer 2003 unter Federführung der Stadt Erlangen stattfindet, unter dem Titel »moving cultures«. Es wird die Veränderungen urbaner Kultur durch Migration in den verschiedenen Kunstsparten aufzeigen. Ein abschließender großer »Karneval der Kulturen« liefert dabei ein sicherlich höchst publikumswirksames Bild kultureller Vielfalt im Großraum.

Nürnberg spricht jetzt vor allem auch Russisch: Die multikulturelle Stadt in Zahlen

Waren es 1991 noch knapp 70 000 Menschen ohne deutschen Pass, verzeichnete Ende Juni 2002 die amtliche Statistik 86 000 Ausländer aus 155 Staaten. Rechnet man Aussiedler und Eingebürgerte dazu, kommt man auf rund 150 000 »NürnbergerInnen mit Migrationshintergrund«. Wenn also der Ausländeranteil »nur« knapp 19 Prozent beträgt, so ist doch heute schon fast jeder dritte Einwohner der Stadt nicht in Nürnberg geboren oder hat seine familiären Wurzeln in anderen Ecken der Welt! In einzelnen Altersgruppen ist der Anteil noch wesentlich höher. Die aus der Türkei stammenden Nürnbergerinnen und Nürnberger stellen mit rund 21 000 Personen (zuzüglich mehrerer Tausend Menschen, die zwischenzeitlich die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben) auch heute noch den größten Anteil an der nichtdeutschen Bevölkerung. Die meistgesprochene Fremdsprache in der Stadt dürfte aber mittlerweile Russisch sein. Schätzungsweise 40 000 Spätaussiedler, ihre Angehörigen und jüdische Kontingentflüchtlinge sind in den vergangenen zwölf Jahren aus Russland beziehungsweise den GUS-Staaten nach Nürnberg gekommen. Ihr Bemühen um Integration in der neuen Heimat geht oft einher mit der Sehnsucht, vertraute Aspekte russischer Kultur zu bewahren und zu pflegen – eine so nicht erwartete Herausforderung auch der Kulturpolitik. Überhaupt hat es in der Zusammensetzung des Nürnberger Bevölkerungs-Mosaiks über die Jahre die eine oder andere oft kaum beachtete Verschiebung gegeben: Nach den türkischstämmigen Menschen stellen mit den Griechen (10 931), Jugoslawen (8 116) und Italienern (7 543) zwar NürnbergerInnen aus ehemaligen »Anwerbeländern« noch immer die größten Kontingente, aber der Anteil der »Gastarbeiterländer« ist von 84 Prozent im Jahr 1973 auf heute knapp 60 Prozent gesunken. Die »Ost-Erweiterung« der nichtdeutschen Bevölkerung

umfasst neben Menschen aus der Ukraine (3 799) und der Russischen Föderation (2 550) auch 3 553 NürnbergerInnen aus Polen. Mit 3 515 Menschen aus Irak leben doppelt so aus diesem Land in der Stadt wie aus Spanien oder Österreich.

Wer sich also Gedanken über Integration und interkulturelle Kulturarbeit macht, hat es mit einer multikulturellen Großstadtgesellschaft zu tun, deren kulturelle Vielfalt kontinuierlich gewachsen und differenzierter geworden ist.

30 Jahre kommunale Integrationspolitik

Die Stadt Nürnberg zog frühzeitig erste Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen aus anderen Ländern dauerhaft in Nürnberg niederließen. Als eine der ersten Städte in der Bundesrepublik wurde bereits 1973 ein *Ausländerbeirat* ins Leben gerufen, der als von der nichtdeutschen Bevölkerung direkt gewähltes Gremium Stadtrat und -verwaltung beraten und die Interessen der nicht wahlberechtigten NürnbergerInnen vertreten sollte. 1982 verabschiedete der Stadtrat das erste »Ausländerprogramm der Stadt Nürnberg«, das sich zum Bemühen um rechtliche und chancenmäßige Gleichstellung ausländischer Familien bekannte und für nahezu alle Handlungsfelder Ziele und Maßnahmen kommunaler »Ausländerpolitik« benannte. Dass darin formuliert war, dass die Stadt von einem »dauerhaften Aufenthalt der in der Stadt lebenden Ausländer« ausgeht, war zu dieser Zeit alles andere als selbstverständlich – der gesellschaftliche Selbst-Betrug vom »Nicht-Einwanderungsland« hielt sich ja bei vielen bis in die jüngste Vergangenheit.

Im Kontext dieses Jahrbuchs gilt es zu betonen, dass bereits in diesem Programm auch der Kulturarbeit Abschnitte gewidmet waren – im bundesdeutschen Vergleich durchaus bis in den heutigen Tag ungewöhnlich. Im Rahmen der Sozialplanung als Teil der Stadtentwicklungsplanung entstanden, war das Ausländerprogramm in seiner Gesamt Tendenz zwar vom (sozial-)pädagogisch geprägten Gedanken des Ausgleichs von Defiziten, der Behebung von Problemen und der Hilfe beim Einleben in die deutsche Gesellschaft geprägt, doch finden sich darin gerade in den auf die Kulturdienststellen bezogenen Passagen Aussagen zur Öffnung der Angebote für die nichtdeutsche Bevölkerung und zur Notwendigkeit interkultureller Arbeit im Sinne von Angeboten, die die Begegnung von Deutschen und Nichtdeutschen ermöglichen und der deutschen Bevölkerung Kultur und Lebenssituation ihrer nichtdeutschen MitbürgerInnen näher bringen sollen.

Entscheidend dafür, dass es in Nürnberg bereits in den achtziger Jahren zu einer weit über Nürnbergs Grenzen hinaus beachteten interkulturellen Orientierung in der Kultur- und Bildungspolitik kam, war zweifelsohne das Zusammenreffen einer engagierten kommunalen »Ausländerpolitik« mit einer bundesweit wegweisenden, vom damaligen Schul- und Kulturreferenten Professor Dr. Hermann Glaser propagierten Kulturpolitik mit ihren Schlüsselbegriffen »Kultur als Gesellschaftspolitik«, »Kultur für alle« und »Kultur von allen«.

Es war offensichtlich, dass sich in einer multikulturell zusammengesetzten Großstadt wie Nürnberg eine so verstandene Politik selbst ad absurdum führen würde, würde sie sich nur auf den deutschen Teil der Bevölkerung beziehen.

Auch in der 1993 verabschiedeten Fortschreibung des »Ausländerprogramms« werden Aufgaben für eine interkulturell verstandene Kulturarbeit formuliert: »Neben der Aufgabe kultureller Zielgruppenarbeit kommt der Kulturarbeit auch beim Bemühen um ein gesellschaftliches Klima von Akzeptanz und Toleranz eine wichtige Rolle zu. Bei der Verarbeitung des gesellschaftlichen und politischen Wandels zu einer multikulturellen Gesellschaft in einem vereinten Europa, aber auch hinsichtlich des Verhältnisses unserer Gesellschaft zur so genannten ›Dritten Welt‹, hat eine interkulturell verstandene Kulturarbeit eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie bietet exemplarisch die Möglichkeit, von der ›Multikultur‹ als bloßem Nebeneinander zu einem interkulturellen, aktiven Austauschprozess zu gelangen.« (Stadt Nürnberg, Referat für Stadtentwicklung, Wohnen und Wirtschaft (Hrsg.): »Ausländerprogramm. Fortschreibung 1993«, Nürnberg 1994, S. 36)

Interkulturelle Kulturarbeit akzentuiert die Chancen und positiven Entwicklungsmöglichkeiten, die in der multikulturellen Stadt liegen, greift gesellschaftliche Probleme mit den spezifischen Mitteln der Kulturarbeit auf und trägt durch entsprechende Zielgruppenangebote für MigrantInnen dazu bei, dass sie sich in Nürnberg »heimisch« fühlen. Gleichzeitig ermöglicht sie der deutschen Bevölkerung das Kennen lernen anderer Kulturen und schafft Begegnungsmöglichkeiten.

Eine ganze Reihe kommunaler Dienststellen und Einrichtungen – im Kultur- und Bildungsbereich neben dem *Amt für Kultur und Freizeit* insbesondere die *Stadtbibliothek* und das *Bildungszentrum* – bemüht sich seitdem regelmäßig, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die angespannte Haushaltslage der Stadt und fehlende verbindliche Regelungen führten aber dazu, dass vieles, was im letzten »Ausländerprogramm« für wichtig und notwendig gehalten wurde, nicht oder nur teilweise realisiert werden konnte. Die Integrationspolitik geriet im kommunalpolitischen Alltag zeitweise aufs Abstellgleis, war längere Zeit kein großes Thema im Stadtrat und seinen Fachausschüssen. Es blieb dem *Ausländerbeirat* vorbehalten, immer wieder auf Defizite und problematische Entwicklungen hinzuweisen und Anstöße für Projekte wie »Mama lernt Deutsch«, einen *Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer*, das Netzwerk für interkulturelle Kommunikation *Xenos Nürnberg* oder das *Netzwerk interkulturelle Mediation* zu geben. Parallel zur bundesdeutschen Integrations- und Zuwanderungsdebatte kam aber auch in Nürnberg frischer Wind in die kommunale Integrationspolitik. Beim 2002 neugewählten Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly rannte der *Ausländerbeirat* mit einem Beschluss, wonach »das Thema Integration, Migration und interkulturelle Verständigung zukünftig ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik werden sollte«, offene Türen ein: Bereits in einer seiner ersten Reden machte er deutlich, dass er darin ein erstrangiges Thema aller deutschen Städte in den nächsten Jahren sieht:

»Maßnahmen für Integration und interkulturelle Verständigung sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.« (»Integration ist Zukunftsthema. Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg Dr. Ulrich Maly«, in: *Multikulturelles Nürnberg. Zeitung des Ausländerbeirats*, Nr. 9, Juli 2002, S. 2) Erste Handlungsschritte waren die Einrichtung einer verwaltungsinternen »Kordinierungsgruppe Integration«, der Vertreter aller relevanten Referate und Dienststellen der Stadt angehören, und die Fortentwicklung der bisherigen »Stadtratskommission für Ausländerfragen« zur »Kommission für Integration und interkulturelle Angelegenheiten«, deren Vorsitz der Oberbürgermeister selbst innehat. In dieser Kommission sollen sowohl die Interessen der ausländischen Bevölkerung, als auch der Aussiedler und der Eingebürgerten behandelt werden. Vertreten sind darin Mitglieder des *Stadtrates*, des *Ausländerbeirats* sowie des *Aussiedlerbeirates* und Sachverständige. Dass die herkömmliche Unterscheidung zwischen »Ausländern« und »Aussiedlern« zunehmend obsolet wurde, ist Praktikern seit längerem bewusst. Viele der in den letzten Jahren zugezogenen Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten haben vergleichbare Sprach- und Integrationsprobleme wie Zuwanderer aus anderen Ecken der Welt. Dennoch gab es für die beiden Zielgruppen unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten, die mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz teilweise angeglichen werden sollen. Mit der Entscheidung, die Ausländer- und Aussiedlerthematik in der kommunalen Integrationspolitik zusammenzufassen, ist die Stadt Nürnberg also auf der Höhe der Zeit und kann damit auch hier Modellfunktion haben.

Ihren Niederschlag sollen die neuen konzeptionellen Überlegungen in einem neuen kommunalen Integrationsprogramm finden. Die Geschäftsführung für die verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe, die mit der Programmerarbeitung beauftragt ist, liegt beim *Amt für Kultur und Freizeit (KUF)*, das auch das »Ausländerprogramm« 1993 mit dem damaligen *Referat für Stadtentwicklung, Wohnen, Wirtschaft* erarbeitet hat. Dabei gilt es, aus den damaligen Erfahrungen zu lernen: War das Programm damals im Wesentlichen auf Grund von Datenanalysen, Experteninterviews und schriftlichen Zuarbeiten der verschiedenen Dienststellen »am Schreibtisch entstanden«, sollen diesmal eine breite Beteiligung von hauptamtlichen »Akteuren« der verschiedenen Handlungsfelder und »Betroffenen«, die Diskussion von Zwischenergebnissen in verschiedenen Gremien und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltige Verankerung des Themas sorgen. Nicht zuletzt soll der Stadtratsbeschluss, in den die Arbeit münden soll, verbindliche Umsetzungs- und Controlling-Maßnahmen beinhalten.

Aus der Nürnberger Tradition her ist es dabei selbstverständlich, dass das »Integrationsprogramm« auch dezidierte Aussagen zu den Perspektiven interkultureller Kulturarbeit enthalten soll. Diese Anforderung war auch Konsens bei einem Symposium, mit dem unter dem Titel »Integration ist machbar« im September 2002 eine neue Phase kommunaler integrationspolitischer Diskussionen eingeleitet wurde (vgl. die Dokumentation auf www.xenos-nuernberg.de).

Kultur ohne Grenzen – Das Amt für Kultur und Freizeit (KUF) und seine Arbeit

Während sich die Kulturarbeit andernorts lange Zeit mit Döner & Flamenco, Souflaki & Saz-Klängen bei der alljährlichen »Ausländerwoche« zufrieden gab und die Zuständigkeit dafür beim Ausländerbeirat oder -beauftragten gesehen wurde, versuchte das KUF als »Kind« der Glaserschen Kulturpolitik (siehe oben) von Anfang an in seinen Konzeptionen und Angeboten auch der multikulturellen Zusammensetzung der Nürnberger Bevölkerung gerecht zu werden. Wenn das Amt nun in seinem 2002 beschlossenen Leitbild formuliert, dass es die »Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen« unterstützen, die »Teilhabe möglichst aller Bevölkerungsgruppen an allen kulturellen Angeboten ermöglichen« und beim Themenfeld interkulturelle Kulturarbeit »besondere Akzente« setzen will, knüpft es damit an jahrzehntelange Bemühungen an.

Schon als das KUF vor fünfundzwanzig Jahren gegründet wurde, trafen sich im damals ersten städtischen Kulturladen, dem *Kulturladen Rothenburger Straße*, türkische Theater- und Musikgruppen. Dem jungen Amt wurde außerdem die Geschäftsführung für den *Ausländerbeirat*, die Betreuung der sozial und kulturell aktiven ausländischen Vereine und die Federführung in allgemeinen Ausländerangelegenheiten übertragen. Die Geschäftsführung für den *Ausländerbeirat* wechselte 1990 zum Bürgermeisteramt, aus dem Bereich »Kulturelle Ausländerarbeit« wurde das *Inter-Kultur-Büro*, das heute mit einer Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen seinen Beitrag zum interkulturellen Zusammenleben in der Stadt leistet.

Die Information, Beratung, Förderung und Bezuschussung von Kulturvereinen und -initiativen ist auch nach 25 Jahren noch immer ein wichtiges Element der Arbeit. Entsprechend der Ausdifferenzierung der nichtdeutschen Bevölkerung hat sich auch das Vereinsspektrum hinsichtlich Nationalitätzugehörigkeit und Tätigkeitsfeldern erweitert. Verstärkt nutzen seit einigen Jahren vor allem Vereine der russischsprachigen Bevölkerung, aber auch andere osteuropäische, lateinamerikanische und afrikanische Vereine das *Inter-Kultur-Büro* genauso wie die Vereine aus den ehemaligen »Gastarbeiterländern«, die über lange Jahre die Hauptzielgruppe waren. Die Palette der Vereinsarbeit reicht dabei von der einfachen Veranstaltungs- oder Seminarberatung bis zur gemeinsamen Planung und Durchführung umfangreicher Projekte wie etwa des »Filmfestivals Türkei/Deutschland« mit dem Verein *InterForum*.

Mit der Herausgabe der Programmzeitung *Kultur ohne Grenzen* gibt das *Inter-Kultur-Büro* zweimonatlich einen Wegweiser durch die vielfältigen Angebote des multikulturellen Nürnbergs heraus, der einen Einblick in die kulturelle Vielfalt der Stadt ermöglicht. Durch eigene Veranstaltungen mit Künstlern und Kulturprogrammen aus den Herkunftsländern der in Nürnberg lebenden nichtdeutschen Bevölkerung beziehungsweise in Deutschland lebenden nichtdeutschen Künstlern setzt das *Inter-Kultur-Büro* eigene Akzente im Nürnberger Kulturleben. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei die Konzertreihe »Südwind« – »Nürn-

bergs (weltum)spannendste Konzertreihe« (*Abendzeitung*) –, die seit 1989 regelmäßig interessante Musiker aus aller Welt nach Nürnberg bringt – seit einiger Zeit in Kooperation mit der *Tafelhalle* einmal monatlich. Die gemeinsam mit der *Stadtbibliothek* organisierte Lese-Reihe »Literaturlandschaften« feierte im Herbst 2002 ihr 15-jähriges Bestehen. Große Namen wie Manuel Vazquez Montalban oder Aziz Nesin waren dabei ebenso zu Gast wie junge in Deutschland schreibende Autoren wie Nevfel Cumart oder José F. A. Oliver. Die Reihe »Der Internationale Mittwochsfilmm« im *Filmhaus* zeigt jeden Mittwoch Filme aus verschiedenen Ländern in Originalfassung mit deutschen Untertiteln und wird so zum Treffpunkt von Muttersprachlern und weltoffenen deutschen Cineasten. Immer wieder entwickelt das Büro in Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Dienststellen sparten- und/oder länderübergreifende Schwerpunktveranstaltungen wie den »Russischen Winter« oder die »Mittelmeerfilmtage«. Seit einigen Jahren wird mit großem Erfolg für die türkischsprachige Bevölkerung fünfmal jährlich das Programmblatt *Kültür* veröffentlicht, das die speziell für diese Zielgruppe interessanten Veranstaltungsangebote zusammenfasst. Seit Anfang 2002 gibt es dazu auch das russisch-deutsche Pendant *Kultura*.

Überhaupt ist das Vernetzen und Koordinieren eine der (nach außen kaum sichtbaren) Haupttätigkeiten des *Inter-Kultur-Büros*. Neben dem oben genannten verwaltungsinternen *Koordinierungskreis Integration* gibt es um das Büro herum eine ganze Reihe themen- beziehungsweise zielgruppenspezifischer Netzwerke: Der *Koordinierungskreis Russische Kulturarbeit* oder die *Projektgruppe Türkische Kulturarbeit* ist dabei genauso zu nennen wie die Zusammenarbeit mit dem Seniorenamt und verschiedenen Wohlfahrtsverbänden im Projekt »Migration und Alter«, die Beteiligung an verschiedensten Arbeitskreisen, die Vermittlung von Kontakten zwischen Vereinen und anderen Dienststellen oder die Realisierung von Projekten mit Vereinen unterschiedlicher Nationalität wie etwa »Folklore ohne Grenzen«. Das Büro ist vielgefragter Kooperationspartner bei verschiedenen Tagungs- und Seminarprojekten im Bereich interkultureller Arbeit und wichtige Anlaufstelle in Sachen Programmberatung und -unterstützung für andere Einrichtungen, Dienststellen und Vereine.

Einen weiteren wichtigen Baustein in der interkulturellen Arbeit des *KUF* bilden die Kulturläden als stadtteilorientierte, dezentrale bürgernahe Kultur- und Begegnungsstätten in Stadtteilen mit hohem Anteil von »Stadtteilbewohnerinnen und -bewohnern mit Migrationshintergrund«. Die Kulturladenarbeit verbindet niederschwellige Gruppen- und Kursangebote, Treffmöglichkeiten für Vereine und Übungs- und Auftrittsmöglichkeiten für künstlerisch Aktive unterschiedlichen Niveaus mit einem profilierten Kulturveranstaltungsangebot.

Wie wichtig die Kulturläden für die interkulturelle Landschaft sind, wurde deutlich, als vor zwei Jahren infolge von Sparbeschlüssen die Schließung einer Einrichtung drohte und der damalige Kulturreferent Dr. Georg Leipold sich mit einer Reihe von Hearings vor Ort selbst ein Bild machen wollte. »Wenn es die Kulturläden nicht gäbe, wäre die Welt nur halb so schön«, formulierte dabei eine Be-

sucherin prosaisch. Deutsche wie nichtdeutsche NutzerInnen der Einrichtungen betonten die Bedeutung für den Einzelnen und das Zusammenleben im Stadtteil.

Durch ihre besondere Lage vor Ort und ihre langjährige Verwurzelung in den diversen Stadtteilen sind die Läden eng mit dem Lebensumfeld, den Bedürfnissen und den Wünschen der BewohnerInnen vertraut. Sie stehen aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit vielfach in engem Kontakt mit der Stadtteilbevölkerung. In der Nürnberger Südstadt beispielsweise beträgt der MigrantInnenanteil mehr als 30 Prozent. Besonders ihnen erleichtern die (teilweise muttersprachlichen) MitarbeiterInnen der Kulturläden oftmals gerade die erste Kontaktaufnahme. Unbürokratische, flexible und unkomplizierte Anmeldeverfahren befördern die Teilhabe an Bildung und Kultur in der Aufnahmegesellschaft. Vom Deutsch- oder Alphabetisierungskurs ist der Weg nicht weit zu anderen »normalen« Angeboten des Ladens oder der Teilnahme an selbstorganisierten Interessengruppen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Qualität auch im Zuge der mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz verbundenen Änderung bei der Förderung von Sprachkursen erhalten werden kann.

Auch in den Kulturläden hat sich der oben skizzierte Bevölkerungswandel niedergeschlagen: Traditionell bildet die türkische Kulturarbeit angesichts der großen Zahl türkischstämmiger NürnbergerInnen einen Angebots-Schwerpunkt: Was mit dem *Türkischen Theater Nürnberg-Fürth* im *Kulturladen Rothenburger Straße*, Familienabenden im *Loni-Übler-Haus*, einer »Tournée« des bekannten türkischen Schattenspielers Taceddin Diker (»Karagöz und Hacivat«) durch verschiedene Kulturläden und sporadischen Theater- und Konzertangeboten an zentralen Orten begann, hat sich zum gut besuchten, regelmäßigen und ausdifferenzierten Veranstaltungsangebot entwickelt. Daneben nehmen seit geraumer Zeit in verschiedenen Kulturläden in Stadtteilen mit besonders hohem Anteil an russischsprachigen MigrantInnen Angebote für diese Zielgruppe breiteren Raum ein: Dazu gehören Sprachkurse, Tanz- und Musik-Kurse für Kinder und Jugendliche und selbstorganisierte Frauen-, Schach-, Barden-, Kreativ-Clubs und Ähnliches genauso wie unterschiedlichste Veranstaltungen. Die Wünsche der Nutzer und der verschiedenen deutsch-russischen Vereine übersteigen dabei regelmäßig die räumlichen und finanziellen Möglichkeiten der Einrichtungen.

Neben dem *Inter-Kultur-Büro* und den Kulturläden reflektieren aber auch die anderen Einrichtungen und Arbeitsbereiche des *KUF* wie das *Jugendzentrum für kulturelle und politische Bildung*, das *Kulturzentrum K 4* im *Künstlerhaus*, die *Tafelhalle* und die vom *KUF* veranstalteten Festivals den Wandel der Nürnberger Bevölkerung. So akzentuierte das renommierte »Jazz. Ost West«-Festival in seiner letzten Ausgabe den musikalischen Osten durchaus auch mit Blick auf die in Nürnberg lebenden Menschen aus östlichen Ländern. *Inter-Kultur-Büro* und *Jugendzentrum* loten die Schnittmengen von interkultureller Arbeit, Eine-Welt-Arbeit und Menschenrechts-Aktivitäten aus. Die *Tafelhalle* kooperiert bei der »Südwind«-Reihe und anderen Veranstaltungsschwerpunkten und öffnet sich für lokale Kulturschaffende aus dem interkulturellen Bereich. Das *K 4* ist Veranstaltungsort und

Mitveranstalter beim »Filmfestival Türkei/Deutschland«, dem »Afroherbst« und Ähnlichem.

Der Weiterentwicklung der inneramtlichen Kooperation, sowie einrichtungs- und abteilungsübergreifender Konzepte interkultureller Arbeit widmet sich ein neu ins Leben gerufener Arbeitskreis. So will auch das KUF seinen Beitrag zur Integrations-Modellstadt Nürnberg leisten.

»moving cultures«: Ein Festival der Kulturen für den Großraum

Da passt es gut ins Bild, dass die *Arbeitsgemeinschaft Kultur im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach (ARGE)* – ein Zusammenschluss der Kulturämter und -referate der vier Städte – ihr nächstes gemeinsames Projekt im Jahr 2003 unter ein interkulturell definiertes Thema gestellt hat. »moving cultures« fokussiert die interkulturellen Veränderungen urbaner Kultur als Ergebnis komplexer Migrations- und Einwanderungsprozesse sowie als Folge der Globalisierung. Das geplante Festival will sich mit der kulturellen Vielfalt beschäftigen, mit den Begegnungen von Künstlern aus verschiedensten Kulturen, mit Zusammenstößen und Brücken, die in gemeinsamer Arbeit entstehen. Im Fokus der Betrachtungen steht dabei die deutsche interkulturelle Kulturlandschaft mit vergleichenden Seitenblicken in europäische Nachbarländer. Vorgestellt werden sollen bei »moving cultures« Künstler und Projekte aus verschiedenen Kunst-Sparten, die sich mit neuen Ausdrucksformen als Wegbereiter des interkulturellen Dialogs erweisen und die einheimische Kulturszene ganz selbstverständlich mitgestalten. In England und Frankreich sind Musiker aus der Mitte der Migrantenbevölkerung längst zu Trendsettern des musikalischen mainstreams geworden, sind Filme von jungen FilmemacherInnen, deren Familien ursprünglich aus dem Maghreb oder Pakistan stammen, große Kinoerfolge. Aber auch in Deutschland macht sich in jüngster Zeit die zweite und dritte Migranten-Generation in Kino, Literatur, Musik, Theater, Tanz, Kabarett und bildender Kunst zunehmend bemerkbar. »moving cultures« will in den Großraumstädten einen Querschnitt interkulturellen Kulturschaffens vorstellen. Neben »Highlights« der bundesdeutschen Szene und Gästen aus England und Frankreich wird dabei auch die regionale Inter-Kultur-Szene Gelegenheit zur Präsentation haben. Die vier Städte haben entsprechend ihrer jeweiligen Möglichkeiten unterschiedliche Formen der Festivalbeteiligung entwickelt. In Nürnberg findet »moving cultures« als »Kultur(en)-Zirkus« rund um das Bürgerzentrum *Villa Leon* auf dem ehemaligen Schlachthofgelände statt. Die Einrichtung ist im Dezember 2001 als Nachfolgerin des ältesten städtischen Kulturladens in der Rothenburger Straße in Betrieb gegangen. Mit mehreren Bühnen (im Zelt, open air und in der Villa), mit open air Kino und Kinderkultur-Angeboten auf dem Freigelände und im angrenzenden *Kinderkulturzentrum Kachelbau* soll das Gelände zehn Tage lang zum weltoffenen, grenzüberschreitenden Kultur-Treffpunkt werden. Zum Abschluss des Großraumprojekts findet am 20. Juli 2003 erstmals auch in Nürnberg ein »Karneval der Kulturen« statt. In Berlin und

*»moving cultures
in model city«*

andernorts seit mehreren Jahren mit Riesen-Erfolg praktiziert, wird der Umzug die Vielfalt der Kulturen im Großraum deutlich machen. Durchaus symbolhaft zieht der Zug durch die Straßen der Südstadt mit ihrer Bevölkerungsvielfalt zur »Straße der Menschenrechte« in der Nürnberger Innenstadt. Zahlreiche Vereine und Kulturgruppen unterschiedlichster Nationalität, Tanzschulen, Kinder- und Jugendgruppen, Kulturläden und viele andere bereiten dafür fantasievolle Beiträge und Aktionen vor. (Siehe dazu auch die Festival-Homepage unter www.moving-cultures.de)

Perspektiven interkultureller Kulturarbeit für Nürnberg

Auch von anderen städtischen Kulturdienststellen ließe sich noch vieles berichten: von der *Stadtbibliothek* mit ihrem großen Bestand an fremdsprachiger Literatur und ihren vielen nichtdeutschen NutzernInnen, mit ihren Lesungen und ihrer Flexibilität, auf neue Zielgruppen einzugehen (Stichwort: russischsprachige Bücher), vom *Bildungszentrum* mit seinem ausgefeilten Programm an Deutschkursen, seinem Modellprojekt »Integrationskurse«, seinen zahlreichen Veranstaltungen und Kursen, die andere Kulturen oder aktuelle migrationspolitische Fragen zum Inhalt haben und vieles mehr. Und natürlich ließe sich das fortsetzen für andere kommunale Handlungsfelder jenseits der Kultur, in Schulen, in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Seniorenarbeit usw. – was aber nicht Gegenstand dieses Beitrags sein soll.

Die Auflistung aller einschlägigen Aktivitäten ergibt eine durchaus beeindruckende Liste. Und doch wird die Bestandsaufnahme im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Integrationsprogramms zeigen, dass noch viele Lücken zu füllen sind. Beispielsweise bedarf es auch in Nürnberg weiterhin großer Anstrengungen für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Muttersprache, um mehr Chancengleichheit in Schule und Beruf herzustellen.

Es bleibt zu wünschen, dass auch in Zeiten knapper Kassen die kulturelle Seite der Integrationsmedaille weiterhin einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Auf der »Interkultur-Agenda« der nächsten Jahre könnten dabei neben der Fortführung und Weiterentwicklung bestehender Angebote unter anderem stehen:

- ein verstärkter Brückenschlag zwischen den beiden Nürnberger Kompetenzfeldern »Interkultur« und »Kinderkultur«: Natürlich sind auch Kinder nichtdeutscher Muttersprache Nutznießer der zahlreichen Kinderkulturangebote in dieser Stadt, doch schlägt sich ihr hoher Anteil in dieser Altersgruppe konzeptionell bislang nicht ausreichend nieder.
- die Öffnung von Einrichtungen und Angeboten, die bislang keine größeren Anstrengungen im interkulturellen Bereich unternommen haben. Dazu zählen insbesondere die »klassischen« Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. Zwar verweist das Theater zurecht auf die Internationalität seines Ensembles und seiner Belegschaft, die Berücksichtigung von zeitgenössischem Theater aus den Herkunftsländern der Migranten, Stücke oder Inszenierun-

gen, die die Multikulturalität unserer Gesellschaft reflektieren oder besondere Bemühungen um die Zielgruppe nichtdeutsche BesucherInnen sind jedoch Fehlanzeige. Auch die *Kunsthalle* betont glaubhaft, dass für sie allein die Kunst und nicht die Nationalität der Künstler ausschlaggebend ist. Und doch könnte auch hier beispielsweise eine Ausstellungs-Auswahl, die die Bevölkerungszusammensetzung reflektiert, Zeichen setzen.

- Eine verstärkte Präsentation interkultureller Projekte made in Germany in Fortführung des »moving cultures«-Gedankens und die gezielte Förderung derartiger Produktionen: Dazu sollte der Informationsaustausch und die Kooperation mit Kultureinrichtungen in anderen Städten ausgebaut werden. Denkbar wären dabei auch gemeinsame Produktionen und aufeinander abgestimmte Wettbewerbe wie zum Beispiel ein Weltmusik-Wettbewerb für Nordbayern analog dem mittlerweile renommierten Berliner »musica vitale«-Preis.
- Mehr Projekte, die den Anspruch einlösen, integrationspolitische Themen mit den spezifischen Mitteln der Kultur aufzugreifen.
- Eine noch gezieltere Förderung und Vernetzung lokaler und regionaler Akteure im interkulturellen Bereich mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit wie beispielsweise einem »virtuellen Haus der Kulturen« im Internet.
- Eine verstärkte »Interkultur-Prüfung« bestehender Veranstaltungen und Angebote: Wie können Festivals und Programmreihen in Programmgestaltung und Zielgruppenwerbung der Multikulturalität der Stadt noch besser gerecht werden?
- Die Initiierung eines kulturpolitischen Dialogs zu Fragen der multikulturellen Gesellschaft und ihrer Auswirkungen auf die Kulturpolitik einschließlich der Präsentation von »best practice«-Projekten aus anderen Städten, der Durchführung entsprechender Tagungen oder der Einladung von Symposien und ähnlichen Veranstaltungen Dritter nach Nürnberg.

Auch in Zukunft wird also die Nürnberger Kultur(en)-Landschaft als Teil der Bemühungen der Stadt, sich als Modellstadt der Integration zu profilieren, in Bewegung bleiben: »moving cultures in a model city«!

FRANZ KRÖGER, NORBERT SIEVERS

Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik

*Verbandspolitische Überlegungen und empirische
Grundlagen*

Vor zwei Jahren hat der Vorstand der *Kulturpolitischen Gesellschaft* beschlossen, das Thema »Interkulturelle Kulturpolitik« auf die Agenda der Verbandspolitik zu setzen, um mit den ihr eigenen Möglichkeiten dazu beizutragen, dass es auch in der Öffentlichkeit und in der offiziellen Kulturpolitik stärker beachtet und ernster genommen wird. In der Folge dieses Beschlusses wurde dann geplant, den zweiten Kulturpolitischen Bundeskongress 2003 und das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2002« dieser Thematik zu widmen. Außerdem ergab sich die Gelegenheit, die damit verbundenen Fragestellungen im Rahmen eines vom Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport geförderten Projektes in Nordrhein-Westfalen näher zu untersuchen. Durch diese systematische Recherche, wissenschaftliche Publikation und öffentliche Diskussion sollte eine Grundlage geschaffen werden, um das Thema nachhaltiger in der Kulturpolitik zu verankern.

Interkulturelle Kulturpolitik als Thema der Kulturpolitischen Gesellschaft

Es ist nicht das erste Mal, dass die *Kulturpolitische Gesellschaft* sich mit der Tatsache auseinandersetzt, dass in Deutschland Millionen Menschen leben, die in anderen Kulturen aufgewachsen sind beziehungsweise einen Migrationshintergrund haben. In zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen hat sie sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder mit der Thematik auseinandergesetzt und auf die damit verbundenen kulturpolitischen Herausforderungen hingewiesen. Auch wenn die Neue Kulturpolitik der siebziger Jahre diese Frage nicht systematisch im Blick hatte und die Begriffe »Interkultur« oder »Multikultur« im

Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* von 1976 fehlten, so war doch die Notwendigkeit und Bereitschaft, sich damit zu beschäftigen, darin bereits angelegt. Der erweiterte, anthropologisch orientierte Kulturbegriff (»Jeder Mensch hat Kultur ...«), die Bezugnahme auf das Primat der kulturellen Vielfalt und die auf kulturelle Chancengleichheit zielenden Programmsätze »Kultur für alle« und »Kultur von allen«, die diese Kulturpolitikkonzeption auszeichnen, legten es nahe, den Blick auch auf nicht-deutsche Bevölkerungsgruppen zu lenken.

In den ersten diesbezüglichen Versuchen war die Herangehensweise noch geprägt von einem fürsorglichen und gutmeinenden Gestus. »Kulturarbeit von und für Ausländer« wurde einerseits verstanden als eine Art Parteinahme für die Interessen der ausländischen ArbeitnehmerInnen und deren Kultur, die allerdings noch eine stark folkloristische Attitüde hatte. Andererseits gab es erste Versuche, die »Gastarbeiter« an die deutsche Kunst- und Kulturszene heranzuführen. Dies alles fand überwiegend im Kontext einer stadtteilbezogenen Kulturarbeit statt. Initiiert von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* gab es allein in den Jahren 1982/83 drei Tagungen, die dieser Perspektive gewidmet waren. Die Engführung auf einen eher lebensweltlichen Kulturbegriff wurde doch schon bald problematisiert. Herausgehoben wurde dagegen, dass MigrantInnen auch einen künstlerisch-kulturellen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten, der sich nicht nur auf Folklore beschränkt. Das Kulturpolitische Kolloquium der *Evangelischen Akademie Loccum* in Verbindung mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Jahr 1987 »Kulturelles Wirken in einem fremden Land« ist ein Beispiel dafür. (Schwencke/Winkler-Pöhler 1987)

Der Impuls von Loccum hätte möglicherweise eine stärkere Wirkung gehabt, wenn der Zusammenbruch des Staatssozialismus in den osteuropäischen Ländern und die deutsche Vereinigung nicht andere Themen auf die (kultur-)politische Tagesordnung gesetzt hätten. Erst nach dieser Zäsur, genauer: auf dem Kongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik« im Jahr 1993 in Dortmund wurde die Fragestellung wieder aufgenommen. Beate Winkler, seinerzeit Mitarbeiterin der *Ausländerbeauftragten der Bundesregierung* und Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, verwies in einer programmatischen Rede auf den »blinden Fleck« der Kulturpolitik und skizzierte einige Anforderungen an eine Kulturpolitik in der multikulturellen Gesellschaft, die noch heute lesenswert sind (Winkler 1994).

Dies war ein zweiter Impuls, der die *Kulturpolitische Gesellschaft* veranlasst hat, sich mit diesem Thema intensiver auseinander zu setzen. Nach den schrecklichen ausländerfeindlichen Ereignissen von Hoyerswerda, Solingen, Rostock und Mölln hatte sich die Ausgangslage für die Diskussion jedoch verändert. Der Zielbegriff »Multikultur« wurde von den Strategiebegriffen »Interkultur«, »Dialog«, »Verständigung« abgelöst. Eine integrationspolitische Absicht stand fortan im Vordergrund. Die Publikation der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Interkultureller Dialog« (1997) steht für diese Phase.

Auch in der allgemeinen kultur- und gesellschaftspolitischen Debatte gewann das Thema an Bedeutung, weil kaum jemand mehr bestreiten wollte, dass

Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Für die *Kulturpolitische Gesellschaft*, die »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« versteht, war es deshalb naheliegend, bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms Ende der neunziger Jahre unter der Überschrift »Multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog« folgenden Passus aufzunehmen:

»Die große Zahl von Menschen aus anderen Kulturen und Ländern in der Bundesrepublik hat die Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert und zu einer weiteren Ausdifferenzierung von Lebensformen und Kulturen geführt. Dies bereichert das Alltagsleben, ermöglicht neue Erfahrungen und führt zur Herausbildung neuer Kulturen, die unterschiedliche Einflüsse und Traditionen verbinden. Die Wahrnehmung der multikulturellen Zusammensetzung der Gesellschaft ist aber stark geprägt von der eigenen Lebenslage und den eigenen Erfahrungen. Dem Eindruck der Anregung und Bereicherung durch die kulturelle Vielfalt steht die Angst vor dem und den Fremden gegenüber, die als Konkurrenten und Bedrohung wahrgenommen werden. Für das städtische Gemeinwesen und die ländlichen Regionen stellen sich dadurch neue Probleme der Integration, des Zusammenhalts und der gegenseitigen Anerkennung. Die Akzeptanz unterschiedlicher kultureller Werte findet ihre Grenze in der Geltung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es, zum Verständnis der kulturellen Differenzen und damit zur Tolerierung und Anerkennung des Anderen und Andersartigen beizutragen. Der Idee einer ›kulturellen Homogenität‹ ist entgegenzutreten. Kulturpolitik muss den öffentlichen Raum bereitstellen für die Begegnung der verschiedenen Kulturen und den Dialog zwischen ihnen voranbringen. Produktive Konfrontation und Grenzüberschreitung zwischen den unterschiedlichen Kulturen, Lebensarten und Künsten zu ermöglichen, ist eine Aufgabe der Kulturpolitik. Eine besondere Verantwortung besteht darin, die Vielfalt der Kulturen auch durch die verstärkte Förderung der marginalisierten und neu entstehenden Kulturformen zur Geltung zu bringen.« (Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* 1998, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 83 (IV/98): 18 ff.)

Dies ist die programmatische Grundlage, auf der die *Kulturpolitische Gesellschaft* ihr Engagement aufbaute und die oben beschriebenen Aufgaben in Angriff nimmt. Dabei geht es zuvörderst darum, sich ein Bild von der Situation zu machen, um aus den Ergebnissen Schlussfolgerungen für die Kulturpolitik zu ziehen. Was ist zu tun auf Bundes-, Länder- und vor allem kommunaler Ebene, um eine interkulturelle Kulturpolitik Wirklichkeit werden zu lassen? Wie können nicht-deutsche KünstlerInnen und kulturell interessierte MigrantInnen auch in den kulturpolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess stärker einbezogen werden? Welche Instrumente der Förderung brauchen wir? An welchen Modellen interkultureller Kulturarbeit können wir lernen? Wie können wir den Kanon des kulturellen Erbes, auf den Kulturpolitik sich bezieht, erweitern um Traditionselemente aus anderen Kulturen? Wie können wir das Thema »Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft« positiv besetzen?

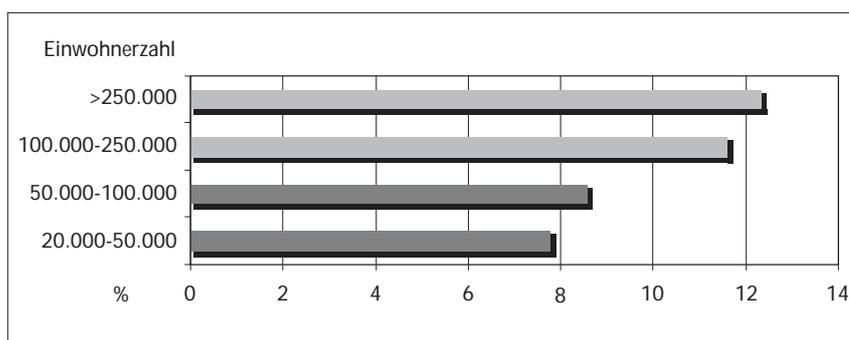
Umfrage zur interkulturellen Kulturarbeit der Kommunen Nordrhein-Westfalens

Mit diesen Fragen steht die Kulturpolitik am Anfang einer neuen Entwicklung. Wir wissen einfach noch zu wenig über das Ausmaß und die Erscheinungsformen interkultureller Kulturarbeit sowie einer darauf bezogenen Kulturpolitik in Deutschland. Denn trotz der gegenwärtigen (Diskussions-)Konjunktur des Themas liegen kaum verlässliche Daten vor, die das Fundament dieser Diskussion bilden könnten. Vor diesem Hintergrund eröffnete eine vom nordrhein-westfälischen *Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS)* initiierte Studie zu »Situation und Aufgaben der Interkulturellen Kulturarbeit in NRW« die Gelegenheit, die empirischen Defizite der Diskussion zumindest ein wenig zu kompensieren.

Im Rahmen dieses Projektes entwickelte die *Kulturpolitische Gesellschaft* im Sommer 2002 einen Fragebogen, mit dessen Hilfe der Stand Interkultureller Kulturarbeit in nordrhein-westfälischen Kommunen über 20 000 EinwohnerInnen eruiert werden sollte. Der vierseitige Bogen umfasste 12 Leitfragen – von Aussagen zu Gemeindegröße und Ausländeranteil über Ressortierung entsprechender Etatansätze und deren konzeptionelle Begründung bis hin zu praktischen Förderaktivitäten kommunaler und Freier Kultureinrichtungen. AdressatInnen der Umfrage waren die kommunalen Kulturämter und Kulturbüros respektive städtische Einrichtungen, die – zumal in kleineren Gemeinden – vergleichbare Aufgaben übernehmen.

Angeschrieben wurden im Sommer 2002 alle 200 Kommunen in NRW über 20 000 EinwohnerInnen; geantwortet haben schließlich 133, was einem Rücklauf von etwas mehr als 66 Prozent entspricht – eine für derartige Umfragen durchaus beachtenswerte Quote.¹ Bei einzelnen Einrichtungen wurde darüber hinaus gezielter nachgefragt, um gegebenenfalls weiterführende Informationen zu erhalten. Zudem wurden in einer gesonderten Telefonaktion auch Kreiskulturämter (z. B. Unna, Meschede) kontaktet, um zumindest einen Eindruck vom Stand Interkultureller Kulturarbeit in ländlichen Regionen zu gewinnen.

Abbildung 1: Durchschnittlicher Ausländeranteil nach Gemeindegröße (in %)



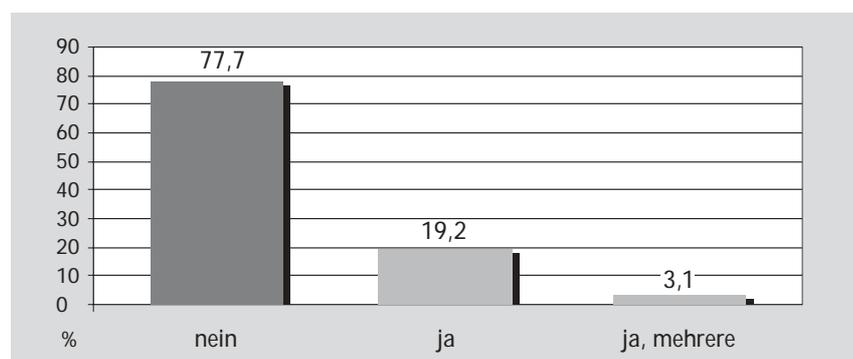
¹ Bei der Auswertung wurden 130 Fragebögen berücksichtigt. Später eingegangene Rückläufe konnten nicht mehr berücksichtigt werden, hätten die zentralen Aussagen aber auch nur weiter erhärtet.

Zentrale Ergebnisse der Umfrage

Der Diskurs zur Interkulturellen Kulturarbeit hat zumeist die Metropolen und ihre spezifischen Probleme im Blick. Trotz seines urbanen Charakters ist das bevölkerungsreichste Land der Republik aber eher mittelstädtisch geprägt. So leben in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aller BewohnerInnen in Städten und Gemeinden unter 100 000 EinwohnerInnen. (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2002: 32 f) Die Kulturpolitik hätte daher ihr Augenmerk auch auf die vielen kleinen und mittleren Städte zu richten, in denen immerhin der Großteil der in Nordrhein-Westfalen ansässigen etwa 2 Mio. ZuwanderInnen (= 11,1 % der Gesamtbevölkerung) leben.² Dennoch darf natürlich der besondere Handlungsdruck gerade der Großstädte in Sachen Interkultureller Kulturarbeit nicht vernachlässigt werden, der sich angesichts steigender MigrantInnenzahlen aufbaut. *Abbildung 1* gibt zumindest einen Trend wieder, der sich in Zukunft weiter verstärken dürfte.

Je größer die Stadt ist, desto größer ist der MigrantInnenanteil. Geht man auf die Ebene der einzelnen Stadtbezirke, dann wird der Wandel der Bevölkerungsstruktur deutlich: So liegt etwa der Anteil der ZuwanderInnen in Duisburg-Bruckhausen bei 40 Prozent, in der Dortmunder Nordstadt bei ca. 35 Prozent und in Köln-Ehrenfeld ebenfalls nahe der 40-Prozent-Marke. Der demografische Wandel innerhalb der alteingesessenen deutschen Wohnbevölkerung dürfte diesen Trend zur multiethnischen Gesellschaft als Normalfall weiter verstärken.³ Die kommunale Kulturpolitik täte gut daran, sich beizeiten darauf einzustellen. Dass dies bis dato allerdings kaum der Fall ist, zeigt *Abbildung 2*.

Abbildung 2: Gibt es eigene Titel/Haushaltsansätze für interkulturelle Kulturarbeit? (in %)



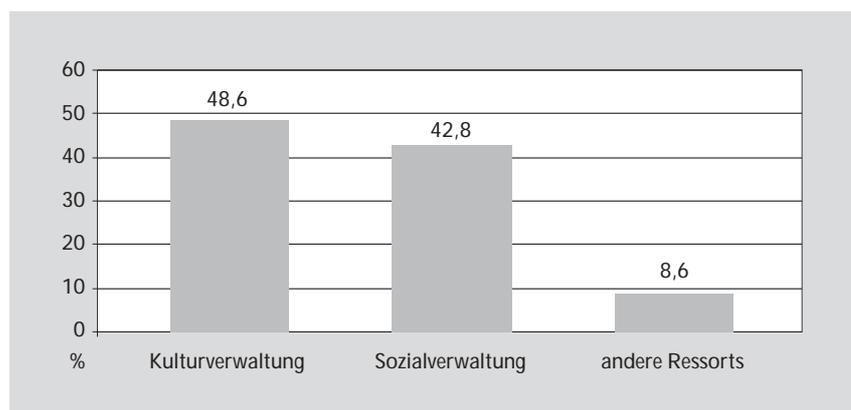
² Nicht mitgezählt sind dabei Bürgerkriegsflüchtlinge, Spätaussiedler, Kontingent-Juden und so genannte »Illegale«, die nach Schätzungen zusammen etwa 1 Mio. ausmachen.

³ Auch in Klein- und Mittelstädten existieren zum Teil außergewöhnlich hohe Anteile von ZuwanderInnen (z. B. Emsdetten mit 17 %). Dieser Umstand ist jedoch entweder der ökonomischen Struktur vor Ort (z. B. Textilindustrie mit portugiesischer »Gastarbeitertradition«) oder der im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion erfolgten Zuwanderung (nicht selten im geschlossenen Siedlungsverband und in fester religiöser Gemeindefamilie) von so genannten »Russland-Deutschen« geschuldet.

Mehr als drei Viertel der befragten Kommunen verfügen danach über keine gesonderten finanziellen Mittel für die Interkulturelle Kulturarbeit. Und bei den Kommunen *mit*entsprechendem Etatansatz ist die Ausstattung desselben eher bescheiden. Das Volumen bewegt sich dabei zwischen einigen hundert Euro (etwa als Zuschuss für die »Woche des ausländischen Mitbürgers«) bis zum Spitzenplatz von 40 000 Euro, den die Stadt Köln, die zudem ein eigenes »Referat für interkulturelle Kunstprojekte« unterhält (Stand 2002), für sich beanspruchen kann. Auf den weiteren Rängen rangieren in alphabetischer Reihenfolge: Arnsberg, Bergkamen, Bielefeld, Dortmund, Düren, Eschweiler, Gütersloh, Hagen, Hamm, Herne, Löhne, Menden, Mönchengladbach, Mülheim/R., Remscheid und Solingen.⁴ Kleinstädte verfügen in der Regel über keine diesbezüglichen Etatansätze.⁵

Das relativ bescheidene Bild einer Berücksichtigung Interkultureller Kulturarbeit im kommunalen Kulturretat wird allerdings dadurch ein wenig konterkariert, dass auch andere Ressorts Mittel für Interkulturelle Kulturarbeit vorhalten. *Abbildung 3* gibt erste Hinweise:

Abbildung 3: In welchem/n Ressort/s sind Mittel für interkulturelle Kulturarbeit vorhanden? (in %; Mehrfachnennungen möglich)



Das Schaubild macht zudem auf einen weiteren wichtigen Umstand aufmerksam, der sich als Schwierigkeit durch die gesamte Umfrage zog: Innerhalb der Kommunalverwaltung ist das Themenfeld nicht eindeutig ressortiert. Mittel für Interkulturelle Kulturarbeit sind auch eingestellt bei der Sozialverwaltung, bei der Gleichstellungsbeauftragten, beim Jugend- und Schulamt, bei der Bauverwaltung, dem Ausländer- und Ordnungsamt sowie anderen kommunalen Verwaltungseinheiten.

4 Der Anteil der »Interkulturellen« Haushaltsmittel am Kulturretat der jeweiligen Stadt beträgt dabei durchschnittlich weniger als 1 Prozent.

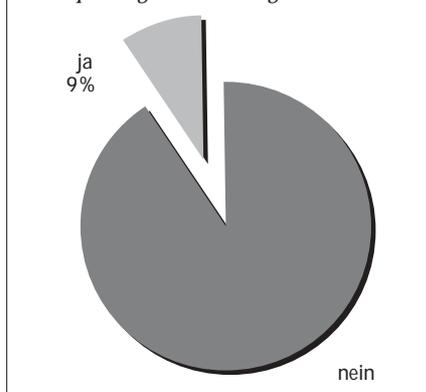
5 Interessant ist in diesem Zusammenhang die Begründung für das Fehlen derartig eigenständiger Finanzmittel. So äußerten die daraufhin angesprochenen Kulturamts-/büroleiter etc. häufig: »Unser kommunales Kulturangebot ist für alle BürgerInnen dieser Stadt offen!«

Die fehlende Profilschärfe des Aufgabenfeldes ist aber nicht nur durch die unterschiedlichen Ressortierung im kommunalen Verwaltungshaushalt begründet, sondern hat nicht zuletzt mit den Eigenarten der Thematik selbst zu tun. Lange Zeit waren AusländerInnen fast ausschließlich eine Zielgruppe der Arbeitsverwaltung und ordnungspolitischer Maßnahmen. Selbst Aktivitäten zum Erhalt und zur Pflege des »kulturellen Erbes« von MigrantInnen standen zunächst unter dem Vorbehalt einer möglichst reibungslosen Rückkehr in das Herkunftsland. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass mit dem Zuzug von Familienangehörigen und der dauerhaften Präsenz in Deutschland auch der Wunsch der ZuwanderInnen nach gesellschaftlicher Teilhabe erstarkte. Die entsprechenden Reaktionen innerhalb der Kommunalverwaltung besaßen jedoch lange Zeit einen vornehmlich sozialpädagogischen Impetus und beginnen erst langsam, den Integrationsgedanken als Querschnittsaufgabe zu propagieren. Auch die kommunale Kulturpolitik steht hier eher am Anfang ihrer konzeptionellen Überlegungen, wie das folgende Schaubild verdeutlicht:

Nur 9 Prozent der Befragten können ihre Interkulturellen Kulturaktivitäten mit einem entsprechenden Konzept oder Programm begründen.⁶ Und selbst die Hälfte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die über einen eigenen Etatansatz in diesem Bereich verfügen, geben dieses Geld aus ohne besondere interkulturelle Richtlinien oder Grundsätze.⁷ Interkulturelle Kulturarbeit folgt also in der Regel keinem ausformulierten Programm oder Konzept.

Das ist wiederum auch ein Grund für die Annahme, dass die inhaltliche Profilierung des Themenfeldes nicht sonderlich ausgeprägt sein dürfte, und dass man sich wenig Gedanken darüber gemacht hat. Im Selbstverständnis der befragten Kommunen summieren sich unter dem Label »Interkulturelle Kulturarbeit« nicht selten Folkloreabende, Sprachkurse, Nachbarschaftstreffs, Diavorträge und Trommelkurse. Damit könnte die Vorstellung verbunden sein, schon mit der Präsentation einer ausländischen KünstlerInnengruppe einen wesentlichen Beitrag zum interkulturellen Dialog geleistet zu haben. In dieser Hinsicht sind auch Städtepartnerschaft-

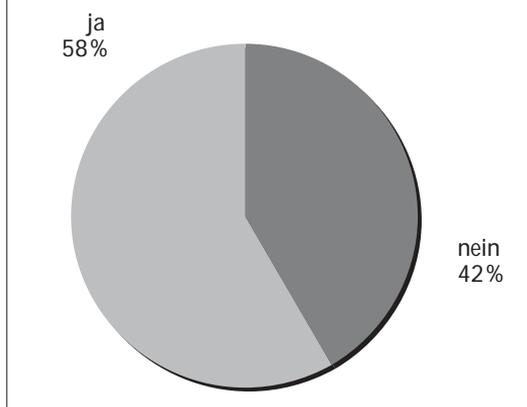
Abbildung 4:
Gibt es in der Interkulturellen Kulturarbeit
im Kontext der städt. Kulturpolitik ein spez.
Konzept, Programm oder eigene Richtlinien?



6 Dazu gehören u. a. Dortmund, Köln und Wuppertal. In deren Überlegungen zur weiteren Profilierung der interkulturellen Kulturarbeit werden einerseits besonders die »Schnittstellen« zu weiteren kommunalen Einrichtungen betont, andererseits die künstlerische Zielsetzung entsprechender Aktivitäten unterstrichen.

7 Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine konzeptionellen Überlegungen o. Ä. für den Kulturbereich insgesamt gäbe. Diese sind jedoch eher zielgruppenunspezifisch.

Abbildung 5:
Existieren Formen und Projekte interkommunaler Kooperation? (bei Kommunen mit ausgewiesenem Interkulturellem Konzept)



ten von erheblicher Bedeutung, wenn es um den Nachweis interkultureller Kulturaktivitäten geht.

Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen, deren Interkulturelle Kulturarbeit konzeptionell begründet ist, suchen die Kooperation mit anderen Städten, in der Regel auf der Basis vorhandener Städtepartnerschaften. Gerade hier lässt sich interkulturelle Kompetenz erwerben und ein Kulturdialog praktizieren, der auch anderweitig – bei neuen MigrantInnen-Gruppen – genutzt werden

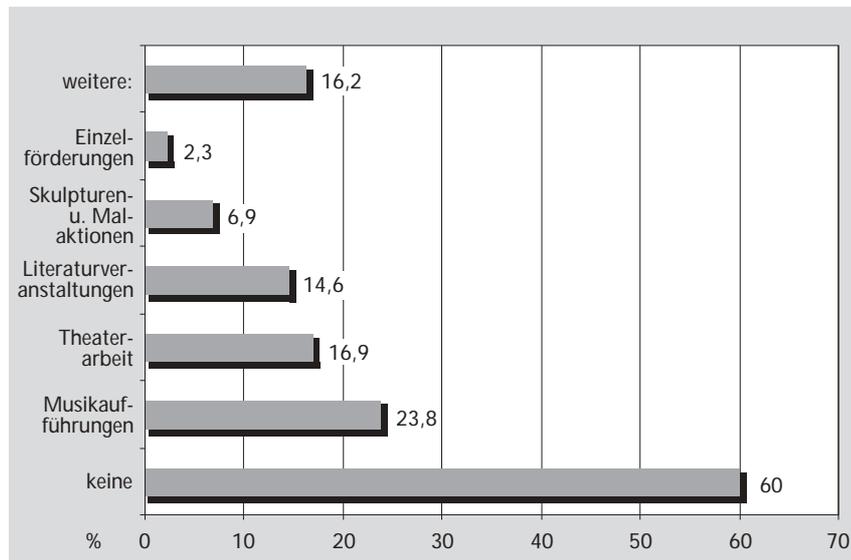
kann. Allerdings liegen die meisten Städtepartnerschaften im EU-Bereich, umfassen folglich Kommunen, deren BewohnerInnen zur so genannten ersten Gastarbeitergeneration (Italien, Portugal, Spanien) gehörten. Und deren Integration in das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik ist weitgehend unproblematisch verlaufen. Erst langsam beginnt sich diese eher europäische Orientierung aufzulösen und im Zuge der Globalisierung auf andere Staaten und Kontinente auszuweiten.⁸ Festzuhalten ist also, dass es einen positiven Zusammenhang gibt zwischen der Pflege von Städtepartnerschaften und der interkulturellen Kulturarbeit in der jeweiligen Stadt.

Doch nicht nur das kommunale Kulturamt ist Organisator interkultureller Kulturaktivitäten, auch Freie Kulturangebote prägen das »interkulturelle Milieu« einer Stadt. Und sie werden nicht selten mit kommunalen Mitteln gefördert. Diese Unterstützung ist im Regelfall eine Zuschussfinanzierung und wird projektbezogen »gewährt«, ist aber dennoch – wie allgemein bekannt – für viele dieser Angebote überlebensnotwendig. Von daher bewirken hier bereits kleine Einsparungen der Kommunen nicht selten existenzielle Krisen auf Seiten der Anbieter. *Abbildung 6* gibt erste Hinweise auf derartige öffentlich geförderte Angebote Dritter, die nach ihrem Spartenbezug ausgewiesen werden.

Im Regelfall organisiert das kommunale Kulturamt in eigener Regie interkulturelle Kulturveranstaltungen. Von daher ergibt sich auch der relativ hohe Anteil von 60 Prozent der Kommunen, die keine Angabe gemacht haben bei der Förderung freier Träger für die Interkulturelle Kulturarbeit. Dass der Schwerpunkt der

⁸ Ein Indikator dafür ist zum Beispiel die aktuelle Konjunktur deutsch-russischer Städtepartnerschaften, die sicher dem Phänomen der Zuwanderung von SpätaussiedlerInnen – man spricht bundesweit von ca. 2 Mio. seit 1989 – zuzuschreiben ist.

Abbildung 6: Welche Arten von interkulturellen Kulturaktivitäten »Dritter« werden aus städtischen Haushaltstiteln gefördert? (in %; Mehrfachnennungen)



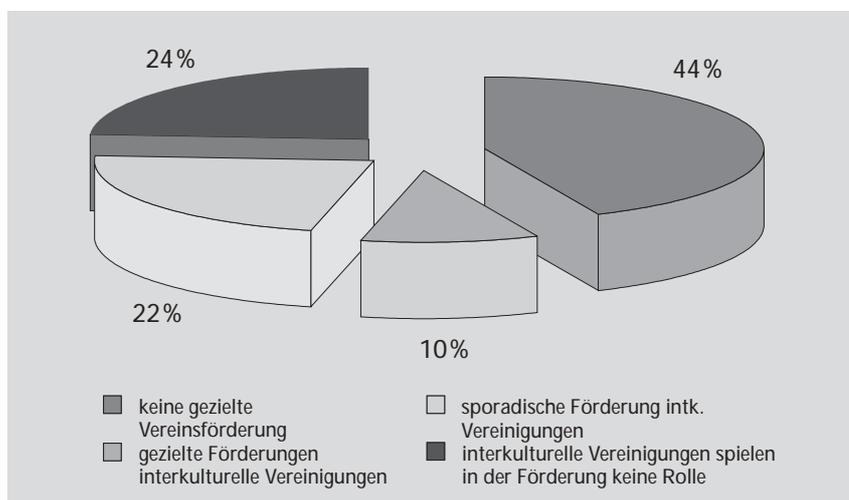
Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik

Förderungen in den Bereichen der Musikaufführungen und Theaterarbeit liegt, ist insoweit plausibel, als diese Kunstformen in der Regel ohnehin im öffentlichen Kulturleben stark repräsentiert sind. Bei der Musik kommt hinzu, dass ihr non-verbaler Charakter zumindest die sprachlichen »Verständigungsbarrieren« reduziert. Bei den Literaturveranstaltungen handelt es sich im Regelfall um deutsche Übersetzungen ausländischer AutorInnen oder Präsentationen in deutscher Sprache.

Eine weitgehend unspezifische Form der kommunalen Kulturförderung stellt die finanzielle Unterstützung der Vereinslandschaft dar. Die in der Regel gemeinnützigen Vereine bekommen dabei einen jährlichen Zuschuss – je nach Größe der Kommune und Dichte der Landschaft zwischen mehreren hundert und einigen tausend Euro –, um damit ihre satzungsgemäßen Zwecke besser erfüllen zu können. Gerade ausländische Vereine setzen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit traditionell im kulturellen Bereich. Von daher sagt deren gezielte Förderung auch etwas aus über den Stellenwert der interkulturellen Vereinslandschaft aus der Sicht der kommunalen Kulturverwaltung. *Abbildung 7* zeigt die aktuellen Präferenzen der kommunalen Vereinsförderung.

Danach findet eine gezielte kommunale Förderung interkultureller Vereine in Nordrhein-Westfalen kaum statt. Nur 10 Prozent der befragten Kulturämter äußerten sich in diese Richtung. Zwar gibt es einen beachtlichen Anteil sporadischer Förderungen (22 %), die finanzielle Unterstützung ist dann aber eher projektbezogen und erfolgt zumeist im Rahmen von Nachbarschaftsfesten oder etwa der

Abbildung 7: Stellenwert interkultureller Kulturarbeit im Rahmen der Vereinsförderung



»Woche des ausländischen Mitbürgers«. Bei einem größeren Teil der Befragten spielt indes die Tatsache der interkulturellen Zusammensetzung respektive Ausrichtung des Vereins keine Rolle für die Förderung.⁹ Die kommunale Vereinsförderung setzt also keinen interkulturellen Schwerpunkt, sondern erfolgt zumeist »flächendeckend«.

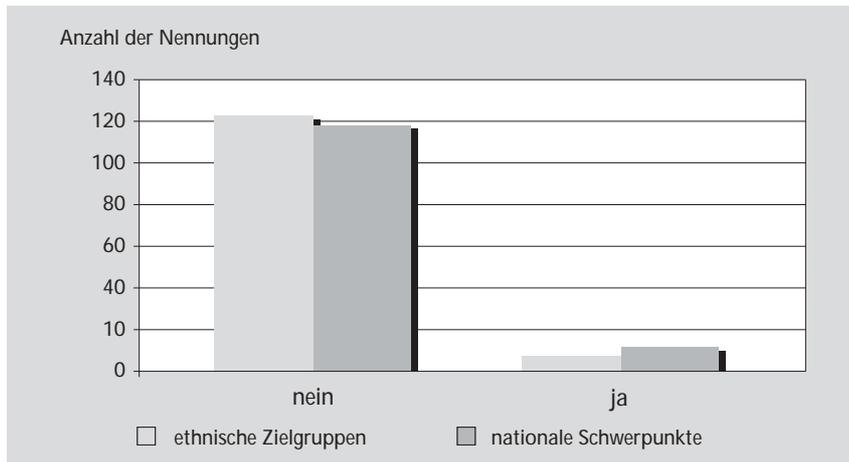
Diese Aussage wird auch durch das folgende Schaubild (Abbildung 8) unterstützt, das die Berücksichtigung ethnischer Zielgruppen (z. B. Kurden, Armenier, Juden) oder nationaler Schwerpunkte (z. B. Türkei, Sri Lanka, Palästina) thematisiert. Danach berücksichtigen die meisten der befragten kommunalen Kulturämter keine ethnischen Zielgruppen und haben auch keine nationalen Schwerpunkte in ihrer Vereinsförderung. Wenn überhaupt, dann sind auch hier vor allem die Großstädte wie Köln, Dortmund, Hagen oder Wuppertal engagiert, um zumindest den großen Migrantengruppen ein gezielteres Kulturangebot ermöglichen zu können.¹⁰

Nun tritt kommunalerseits nicht nur das Kulturamt als Organisator interkultureller Kulturangebote auf; die kulturelle Grundversorgung – auch die der MigrantInnen – einer Stadt wird ebenso von den öffentlichen Kulturinstitutionen, also von der Musikschule, dem Theater, der VHS, dem Museum oder der Stadtbibliothek, mitgetragen. Im Erhebungsbogen wurde deshalb auch nach entspre-

9 Die politische Ausrichtung des Vereins ist indes nicht ohne Bedeutung. So ist bekannt, dass es in vielen Kommunen üblich ist, Vereine mit tatsächlicher oder angenommener extremer Gesinnung – auch bei anerkannter Gemeinnützigkeit – von der Förderung auszuschließen.

10 Eine auch finanziell gleichberechtigte und flächendeckende Berücksichtigung der verschiedenen Migrantengruppen in einer Stadt dürfte sich darüber hinaus auch als kaum praktikabel erweisen. So leben etwa in Köln ca. 200 verschiedene Nationalitäten; allein das dortige Referat für interkulturelle Kunstprojekte dient als Ansprechpartner für mehr als 250 interkulturelle Kulturvereine.

Abbildung 8: Werden dabei ethnische Zielgruppen und/oder nationale Schwerpunkte besonders berücksichtigt? (abs.)



Interkulturelle
Kulturarbeit als
neues Aufgabenfeld
der Kulturpolitik

chenden Angeboten dieser Einrichtungen gefragt. Das Ergebnis spiegelt sich in folgender Übersicht wider.

Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass es sich quasi um Informationen aus zweiter Hand handelt, weil die InstitutsleiterInnen nicht direkt befragt worden sind und in der Regel nicht in die Beantwortung der Fragebögen einbezogen wurden.

Abbildung 9: Ein gezieltes städtisches interkulturelles Angebot halten vor (Mehrfachnennungen möglich):

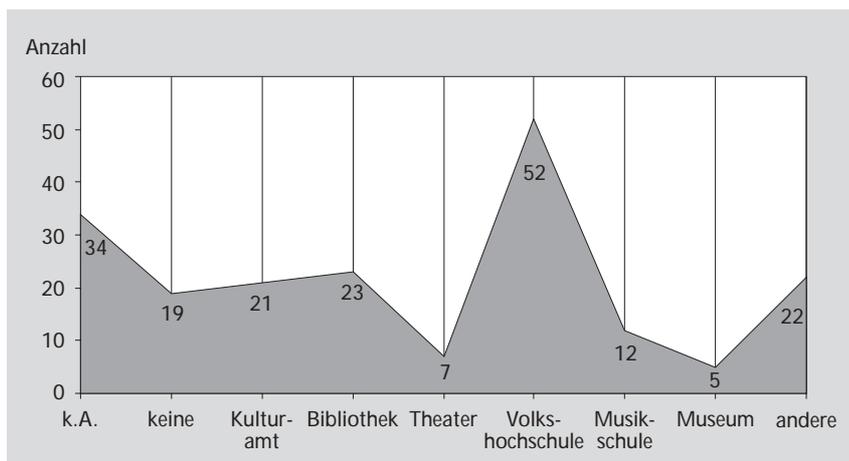
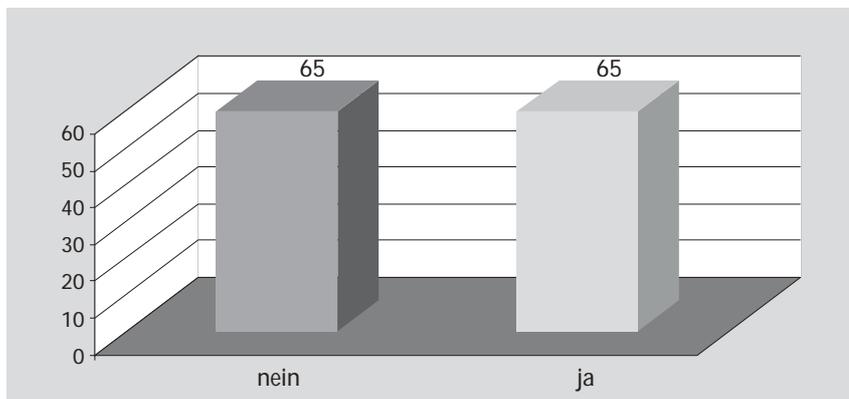


Abbildung 10: *Gibt es in Ihrer Kommune Freie Kultureinrichtungen mit einem Schwerpunkt Interkulturelle Kulturarbeit (abs.)?*



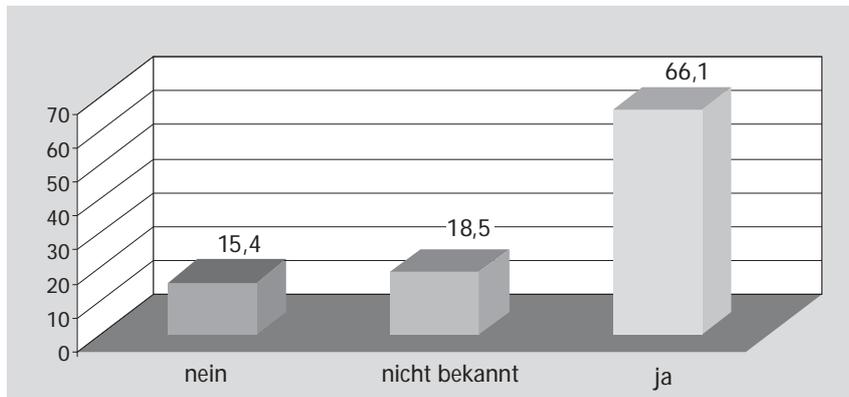
Im interkulturellen Kulturangebot einer Kommune spielt danach besonders die Volkshochschule eine herausragende Rolle. Hier scheint eine Institution neben ihrer allgemeinbildenden Funktion zunehmend zum wichtigen »interkulturellen Dienstleister« zu avancieren. Auf den letzten Plätzen rangieren dagegen das Museum und das Theater.¹¹ Deren Kulturangebot hat die vielen ZuwanderInnen als neue Zielgruppe offenbar noch nicht ausreichend wahrgenommen. Insgesamt ist fest zu stellen, dass kommunale Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme der Volkshochschulen nur über ein äußerst bescheidenes interkulturelles Kulturangebot verfügen.

Die Situationsbeschreibung der Interkulturellen Kulturarbeit in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen bliebe unvollständig, würde nicht die so genannte Freie Kulturszene gleichfalls Berücksichtigung finden. Denn neben den Vereinen und kommunalen Kultureinrichtungen hat sich im Zuge der Etablierung der Neuen Kulturpolitik seit den achtziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts eine Vielzahl von Kulturzentren, soziokulturellen Einrichtungen, Stadtteilen u. Ä. entwickelt, die sich zunehmend zu einem zweiten Standbein städtischer Kultur ausgewachsen haben. Interessant war nun zu erfahren, ob aus der Sicht der kommunalen Kulturverwaltung diese Institutionen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Interkulturellen Kulturarbeit entwickelt haben. *Abbildung 10* spiegelt die entsprechenden Antworten:

Nach den Aussagen der befragten Kulturämter ist die Freie Kulturszene in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Ort für Interkulturelle Kulturarbeit. Jede zweite Einrichtung ist danach ausgewiesen engagiert in Sa-

¹¹ Allerdings muss auch in diesem Zusammenhang wieder auf die unpräzise Verwendung des Begriffs »Interkulturelle Kulturarbeit« verwiesen werden. Bei der VHS verbergen sich dahinter häufig Alphabetisierungsmaßnahmen, im Theater zum Beispiel die deutsche Inszenierung eines ausländischen Autors und im Museum etwa die Sonderausstellung zum »Gold der Inka« und dem spanischen Kolonialismus o. Ä.

Abbildung 11: Förderung »Freier« Einrichtungen mit Schwerpunkt interkulturelle Kulturarbeit mit kommunalen Mitteln (in %)



chen dialogische Kulturarbeit mit, von, für und zusammen mit MigrantInnen.¹² Zwar lässt sich auch in diesem Zusammenhang ein gewisses Stadt-Land-Gefälle nachweisen – und speziell die großen soziokulturellen Zentren im Ruhrgebiet und in der Rheinschiene bilden dabei gewissermaßen die »interkulturelle Speerspitze« der Bewegung –, aber auch kleine Einrichtungen weisen nicht selten ein explizites interkulturelles Profil auf, das nicht zuletzt dem egalitären und toleranten Selbstverständnis der Soziokultur geschuldet ist. In dieser Hinsicht bilden »Freie Szene« und nicht-städtische Kultureinrichtungen aus der Sicht der kommunalen Kulturpolitik ein wichtiges Standbein für die Interkulturelle Kulturarbeit vor Ort.

Nun ist es aber keineswegs so, dass die kommunale Kulturpolitik durch das Engagement der »Freien« gleichsam aus der interkulturellen Verantwortung entlassen wäre. Auch wenn die zahlreichen Kulturzentren im Lande einen – gemessen an den kommunal getragenen Einrichtungen – erheblichen Selbstfinanzierungsgrad durch ihr spezifisches Kulturangebot aufweisen, wären sie ohne staatliche Transferleistungen nicht überlebensfähig. Und gerade hier zeigt die kommunale Kulturpolitik Verantwortung für das gesamte städtische Kulturleben, wie folgendes Schaubild unterstreicht:

Danach werden in zwei Dritteln aller Fälle interkulturelle Kulturaktivitäten der Freien Szene über die Förderung der veranstaltenden Einrichtung durch städtische Haushaltsmittel zum Teil mit erheblichen Summen¹³ mitfinanziert.

12 Eine in diesem Zusammenhang von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Auftrag gegebene Expertise zu den soziokulturellen Zentren in Nordrhein-Westfalen (Institut für Kulturpolitik 2003) konnte diese Aussage weiter untermauern. Allerdings muss auch hier auf die fehlende Trennschärfe des Begriffs Interkulturelle Kulturarbeit verwiesen werden, der den vielfältig praktizierten interkulturellen Austausch in den Zentren nicht selten mit dialogischer Kulturarbeit im o. g. Sinne gleichsetzt.

13 Der jährliche kommunale Zuschuss für ein großes soziokulturelles Zentrum beträgt nicht selten – je nach Einrichtungstyp verschieden – um die 50 000 Euro.

Sie ist damit als Förderinstanz stärker in das interkulturelle Kulturgeschehen involviert, als der erste Blick vermutet lässt, auch wenn die Förderung Interkultureller Kulturarbeit vornehmlich im »Huckepackverfahren« über die Freie Kulturszene erfolgt.

Ansatzpunkte Interkultureller Kulturpolitik

Die Befragung zur Interkulturellen Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen hat ein ernüchterndes und realitätsnahes Bild des Stellenwerts dieses Themas im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik gezeichnet. Es ist deutlich geworden, dass die Kulturpolitik heute noch nicht viel weiter ist als vor zehn Jahren, als Beate Winkler von dem »Blinden Fleck« der Kulturpolitik sprach. Die »entscheidende Herausforderung für unsere Gesellschaft«, mit dem Fremden zu leben, ist noch nicht angenommen worden. Notwendig wären dafür »Konsens, Behutsamkeit, Sensibilität, Engagement, Querdenken, Konfliktfähigkeit und nicht zuletzt eine Kulturpolitik, die nach neuen Ansätzen sucht« (Winkler 1994: 158). Worin könnten diese neuen Ansätze bestehen?

Im Sinne des Diktums, dass Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik zu konzipieren ist, müssten die Ansätze eingebettet sein in ein ganzheitliches Konzept einer Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, zumindest wäre dieser Horizont bei der Programmierung kulturpolitischer Maßnahmen mit zu bedenken. Ein kultureller Dialog kann sich nur entfalten, wenn die Konflikte und Spannungsfelder zwischen einheimischer Mehrheit und zugewanderter Minderheit möglichst weitgehend entschärft sind. Und dieses setzt voraus, dass die eingewanderten Minderheiten gleichberechtigt an dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland teilnehmen können und in ihrer Selbstverantwortlichkeit unterstützt werden.

Angesichts der Dimension der (kultur-)politischen Herausforderung sollte es selbstverständlich sein, dass interkulturelle Kulturpolitik alle Ebenen der Politik betrifft. Bund, Länder und Kommunen sollten in dieser Frage zusammen wirken. Migration ist darüber hinaus auch ein europäisches und internationales Problem und sollte deshalb auch auf diesen Ebenen kulturpolitisch reflektiert werden. Ferner ist als Prämisse einer gelingenden interkulturellen Politik hervorzuheben, dass sie sich auf alle Gruppen von Zuwanderern bezieht, also neben AusländerInnen auch Asylsuchende und AussiedlerInnen anspricht.

Interkulturelle Kulturpolitik »besetzt das Meinungsfeld positiv, spricht sich für das Zusammenleben in kultureller Vielfalt aus und formuliert damit auch eine politische, gesellschaftliche Zielvorstellung. Ihr Ziel ist es, einen breiten, positiven gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage zu erzeugen, ohne zu idealistische Anforderungen an den einzelnen zu stellen« (ebd.: 159) oder bestehende Konflikte zu verharmlosen. Sie will die kulturellen Potenziale deutlich machen, über die MigrantInnen verfügen und Zuwanderung nicht nur als soziales Problem thematisieren.

Die interkulturelle Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen führt noch weitgehend ein Schattendasein, das ihrer (zukünftigen) gesellschaftspolitischen Bedeutung in keiner Weise gerecht wird.¹⁴ Der defizitäre Status dieser Aufgabe oder dieses Arbeitsfeldes liegt jedoch nicht nur darin begründet, dass Etatansätze fehlen. Das Problem liegt vielmehr darin begründet, dass der alte Programmsatz »Kultur für alle und von allen« der Neuen Kulturpolitik, der noch vor zwei Jahrzehnten einen kulturpolitischen Konsens beschrieb, heute offenbar nicht mehr die notwendige Akzeptanz findet. Ansonsten wäre es naheliegend gewesen, den kulturellen Potenzialen und Interessen der MigrantInnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dass es dazu nicht gekommen ist, mag u. a. damit zu tun haben, dass die gutmeinenden betreuenden Ansätze einer Ausländerkulturarbeit Anfang der achtziger Jahre ins Leere liefen und im Sinne einer »positiven Diskriminierung« auch missverstanden werden konnten. Eine ausreichende Begründung für die aktuellen Defizite ist dies jedoch nicht.

Ein entscheidender Grund dafür ist vielmehr, dass die Belange der MigrantInnen in der Kulturpolitik keine Vertretung haben, weil sie nicht formuliert und organisiert sind. Und dies ist nicht nur eine Frage kulturpolitischer Strategien, sondern auch des Selbstorganisationswillens und der -fähigkeit dieser Gruppen. Es fehlen die Netzwerke und Verbände, die sich Gehör verschaffen könnten. Und in welchen Ausschüssen, Kuratorien, Jurys, Kulturämtern und gemeinnützigen Zusammenschlüssen sind heute fachkundige MigrantInnen vertreten? Sie sind so gut wie nicht präsent im deutschen Kulturpolitiksystem. Wenn sich jedoch langfristig und nachhaltig etwas ändern soll an der bisherigen Situation, ist jedoch genau das notwendig. Interkulturelle Kulturpolitik ist daher nicht nur eine Frage von Finanzmitteln für diesen Zweck, sondern ist ebenso ein interaktiver Prozess, der beide Seiten in die Pflicht nimmt.

Dennoch gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die kurz- und mittelfristig hilfreich wären, um die Situation zu verbessern. Einige davon hat Beate Winkler schon vor zehn Jahren angeführt: »stärkere Öffnung des Kulturbetriebs für ethnische, kulturelle, religiöse Minderheiten; größere Berücksichtigung von Mitgliedern der Minderheitengruppen bei Einstellungen in den sogenannten Kulturbetrieben, von ausländischen Künstlern bei Ausschreibungen, Ausstellungen, Fördermaßnahmen, der Vergabe von Kunst- und Kulturpreisen; selbstverständlichere Berücksichtigung von Autoren und Künstlern aus Herkunftsländern unserer Minderheiten im Rahmen der allgemeinen Kulturangebote, vor allem der ausländischen Künstler, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten (z.B. bei Lesungen, Ausstellungen, Theateraufführungen)« (Winkler 1994: 159).

14 Die neue konzeptionelle Förderinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen in Sachen interkulturelle Kulturarbeit (vgl. dazu den Beitrag von Kulturminister Vesper in diesem Band) ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Signal für die Bereitschaft des Landes, sich des Themas im öffentlichen Diskurs anzunehmen. Der zentrale Nutzen der Initiative liegt in dieser Hinsicht auch weniger in den bereitgestellten finanziellen Mitteln, so wichtig sie für einzelne innovative Projekte auch sein mögen, als vielmehr in der durchaus auch symbolischen Wertschätzung des Themas als ein neuer und wichtiger Eckpunkt der Landeskulturpolitik.

Ein großes Manko der interkulturellen Kulturarbeit besteht gegenwärtig darin, dass es – von Ausnahmen abgesehen – weder auf kommunaler noch auf Landesebene ausgewiesene Förderkonzepte gibt. Daran ist in Kooperation mit VertreterInnen der verschiedenen Migrantenszenen zu arbeiten. Sehr hilfreich ist es, wenn Kommunen oder Länder spezielle Förderprogramme oder -töpfe für interkulturelle Kulturarbeit einrichten, weil dadurch Interesse gestärkt werden kann. Auch wenn diese in der Anfangsphase eher bescheiden ausgestattet sind, so können sie doch eine erhebliche motivierende und aktivierende Wirkung entfalten. Warum sollte es nicht in Ergänzung dazu zukünftig – ähnlich vergleichbarer Strukturen in Nordrhein-Westfalen – ein Landesbüro oder Sekretariat für interkulturelle Kulturarbeit geben, das gegebenenfalls in Selbstverwaltung der Akteure betrieben würde und einen organisatorischen Focus der interkulturellen Szene bilden könnte?

Auf der »behördlichen« Ebene wäre es ratsam, wenn es zu einer kooperativen Politik, zumindest aber zu Absprachen zwischen den Ämtern und Ressorts käme, um Ressourcen zu bündeln und Maßnahmen zu koordinieren. Vielleicht sollte die alte Idee einer ämter- beziehungsweise ressortübergreifenden Arbeitsgruppe wieder zu neuen Ehren kommen. Der Austausch von Erfahrungen und Konzepten zwischen Kommunen und gegebenenfalls auch Ländern ist darüber hinaus auf jeden Fall anzuraten. Auch wenn die Ansätze interkultureller Arbeit noch dünn gesät sind, so gibt es doch sehr erfolgreiche und ermutigende Beispiele, die kommuniziert werden könnten. Die Spitzenverbände der Kommunen, aber auch die Länder könnten dabei wichtige Hilfestellungen leisten.

In vielen Städten gibt es Städtepartnerschaften und die Praxis der Vereinsförderung. Auch diese Maßnahmen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie im Rahmen einer interkulturellen Kulturpolitik neu profiliert werden können. So gibt es zum Beispiel nur wenig Partnerschaften mit Kommunen in den Herkunftsländern der MigrantInnen, und die Vereinsförderung dümpelt in der Regel mehr schlecht als recht vor sich hin. Neue Ansatzpunkte ergeben sich möglicherweise auch im Kontext der kulturellen Bildung, wenn die außerschulischen Einrichtungen (z. B. Musikschulen, Kunst- und Jugendkunstschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken) sich dieser Frage intensiver annähmen. Die Einführung der »verlässlichen Ganztagschule« bietet darüber hinaus womöglich ganz neue Chancen für interkulturelle Bildungsarbeit.

In Zeiten knapper Finanzen haben neue Idee es schwer sich durchzusetzen, weil dies in der Regel die große Zeit der Besitzstandswahrung ist und Veränderungen als Bedrohung empfunden werden. Gerade deshalb ist es notwendig, Bewusstseinsarbeit zu leisten, die Akteure in der Kulturszene und in der Kulturpolitik davon zu überzeugen, dass Stillstand keine Lösung ist und auch keine Einrichtung rettet. Dazu werden sowohl sachliche und fachliche Informationen wie auch überzeugende Argumente benötigt. Neben der empirischen Kärnerarbeit ist dafür aber vor allem das Gespräch mit den betroffenen Migrantengruppen unerlässlich. In dieser Hinsicht muss der gemeinsame Kulturdialog am Anfang

stehen, um daraus kooperative und wirksame Strategien für die Interkulturelle Kulturarbeit der Zukunft zu entwickeln.

Literatur

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2003): *Soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen. Genese – Profile – Perspektiven*, Bonn

Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.) (1977): *Interkultureller Dialog. Ansätze, Anregungen und Konzepte für eine interkulturell ausgerichtete Kulturarbeit und Kulturpolitik*, Bonn/Essen (Dokumentation 52)

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.) (2002): *Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 2001*

Schwencke, Olaf/Winkler-Pöhler, Beate (Hrsg.) (1987): *Kulturelles Wirken in einem fremden Land. Ausländische Künstler in der Bundesrepublik Deutschland*, Hagen/Loccum (Dokumentation 31/Loccumer Protokolle 03/87)

Winkler, Beate (1994): »Ein blinder Fleck. Anmerkungen zur Kulturpolitik in einer multikulturellen Gesellschaft«, in: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.) (1994): *Blick zurück nach vorn. 20 Jahre Neue Kulturpolitik*, Essen/Hagen

*Interkulturelle
Kulturarbeit als
neues Aufgabenfeld
der Kulturpolitik*

MICHAEL VESPER

Interkulturelle Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Zuwanderungs- und Integrationspolitik sind wichtige Themen der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung versteht dabei Integration als Querschnittsaufgabe, die die Politik, alle gesellschaftlichen Bereiche und auch die gesamte Verwaltung zu gemeinsamen Anstrengungen zusammenführt, um die Situation der zugewanderten Bevölkerung zu verbessern. Die PISA-Studie zeigt allerdings die Grenzen des bis heute Geleisteten: Teile der bisherigen Integrationspolitik waren ganz offensichtlich nicht erfolgreich. Das belegen insbesondere die mangelhaften Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihre dementsprechend schlechten Schulergebnisse.

Wir müssen darum die genauen Ursachen für die mangelnden Integrationsfolge analysieren. Einer der wichtigsten Gründe ist wohl, dass Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung noch immer nicht vollständig anerkennen, dass Immigration und die Probleme der Zugewanderten keine temporären Erscheinungen sind, sondern dauerhafte Herausforderungen. Angesichts der eindeutigen Fakten ist dies verwunderlich: 1998 lebten 2 Millionen Menschen aus 180 Nationen in Nordrhein-Westfalen, das heißt 11 Prozent der Bevölkerung sind zugewandert. Je nach Prognose kann sich dieser Anteil bis zum Jahr 2030 auf 15 Prozent steigern. In einigen großen Städten und noch mehr Stadtteilen als bisher wird dann der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung bei über fünfzig Prozent liegen.

Was bedeutet das für die zukünftige Integrationspolitik ?

Der Integrationsbeauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Dr. Klaus Lefringhausen, hat die Grundsatzfrage aufgeworfen: »Eine der großen Aufgaben ist die inhaltliche Füllung der Zielvorstellung einer integrierten Gesellschaft. Solange offen ist, welche Integrationstiefe gemeint ist – ob Türken germa-

nisiert oder Muslime säkularisiert werden sollen, wie viele ethnische Nischen und Wirtschaftskreisläufe verkraftbar sind, welche Umwegintegration eine Brücke bildet und welche Parallelstrukturen sie schaffen, so lange das alles offen ist, kann in diesem Teich jeder Demagoge fischen.«

Lefringhausen hat deshalb angekündigt, nach dem Muster des Konsultationsverfahrens, mit dem die Kirchen einst einen sozialen Grundkonsens ermittelt haben, eine Debatte über den Begriff der integrierten Gesellschaft herbeizuführen. Wichtig: An dieser Debatte sollen auch Zugewanderte gleichberechtigt teilnehmen. Die große Chance eines solchen Konsultationsverfahrens besteht darin, dass die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integrationsmaßnahmen im Schaffen eines breiten gesellschaftlichen Konsenses liegt.

Integration kann nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden. Mehr Anerkennung, mehr Respekt, die Aufwertung und die Stärkung der Zuwanderungsgesellschaft sind Grundvoraussetzung für jegliche Integration. Nur wer sich als eingewanderte Minderheit seiner Identität sicher sein kann, kann in den gleichberechtigten Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft treten. Diese Aufwertung der Zuwanderungsgesellschaft darf aber nicht zur Ghettobildung und zur Abschottung führen.

In Zeiten der Globalisierung steigt bei allen Ethnien die Neigung – und das gilt auch für die deutsche –, sich zur Selbstvergewisserung und zum Erhalt der Identität wieder stärker auf das Vertraute zurückzuziehen. Die Suche nach Heimat nimmt wieder zu. Zu dieser Rückbesinnung auf Herkunft, Glaubensüberzeugungen und »eigenkulturelles« Gemeinschaftsleben gehört auch die verbreitete Orientierung an politischen Konflikten und sozialen Prozessen im »Heimatland«. Dazu gehört in Deutschland die breite und intensive Rezeption vor allem türkischer, aber auch serbischer, kroatischer und griechischer Medien. Erleichtert wird sie auch durch preisgünstige Transportmöglichkeiten zwischen den Ursprungsländern und dem neuen Heimatland. So wächst die Gefahr dauerhafter ethnischer Parallelgesellschaften.

Wir haben bereits eindeutige Erfolge in der Integration erzielt. Es ist aber leider noch immer so, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft eher nebeneinander her leben, als sich wirklich zu begegnen und aufeinander einzulassen. Deutsche und Nicht-Deutsche beschränken sich in aller Regel auf den »gesellschaftlichen Pflichtverkehr« (Georg Simmel).

Kunst und Kultur helfen bei der Begegnung

Wie können Kunst und Kultur dazu beitragen, dass mehr interkulturelle Begegnungen stattfinden und sich ethnische Parallelgesellschaften nicht dauerhaft voneinander abschotten? Hier liegt eine Fülle von Erfahrungen auch aus Nordrhein-Westfalen vor, die wir jetzt systematisch auswerten wollen. Insbesondere im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik des Landes sind in den letzten Jahren eine Reihe von bemerkenswerten Projektideen entstanden und evaluiert

worden. Diese Kulturprojekte fanden vor einem gemeinsamen Hintergrund statt:

Für alle Bereiche – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung, auch für die Kultur – gelten bei interkulturellen Projekten ähnliche Grundsatzfragen:

- Die nach dem Maß der eigenständigen Ursprungskultur und wie sie in einem anderen Land gelebt werden kann;
- die nach dem integrativen Prozess, der Schnittmenge der gemeinsamen Begegnung, die Assimilation von Integration trennt;
- und die nach dem tatsächlichen Mindestmaß an Eintauchen in die Gesellschaft des Migrationslandes, um nicht in einem Ghetto zu leben.

Diese Teilfragen sind miteinander verknüpft und beschreiben in der Verbindung den Prozess der Integration auf drei Ebenen:

- die Ursprungskultur
- die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten,
- die Übernahme der Gastkultur.

Auf welchem gesellschaftlichen Gebiet wir uns auch bewegen, immer ist zu fragen: Wo sind die Stärken, bezogen auf diese drei Ebenen der Integration? Was ist gewollt und auf welchem Wege ist es zu erreichen? Es gilt, diese einzelnen Faktoren mit aller Sensibilität auszuloten und zu beschreiben.

Zwischen den polaren Existenzweisen von Ghettoisierung (der totalen Verweigerung der Gastkultur) und der Assimilation (dem vollständigen Aufgehen in der Gastkultur) weist die Kultur als wichtigsten Aspekt das Feld der Begegnung auf. Hier liegt die Stärke und Kraft von Kunst und Kultur, die auf dem klassischen Weg der Ich-Du-Beziehung zwischen Kunstwerk und Rezipienten den Dialog »mit-liefern« können. Die Kultur bietet vor allem also zwei Ansatzpunkte: Erstens die Betrachtung und dialogische Auseinandersetzung mit Kultur und zweitens das Ausüben und Eintauchen in einen künstlerischen Prozess. Der künstlerische Weg ist zugleich in höchstem Maße identitätsstiftend. Und diese, die Frage nach der Identität, ist eine der wichtigsten für den Integrationsprozess.

Ein Beispiel: Die größte Gruppe der Migranten kommt aus islamischen Ländern und verkörpert eine Kultur, deren Wurzeln im Nomadentum und in dieser Religion fußen. In welchem Maße sind wir bisher dieser Kultur begegnet? Was wissen wir über die künstlerischen und kulturellen Leistungen der Herkunftsländer? Sie sind in ihrer Bedeutung der abendländischen Kultur gleichzusetzen und haben sie in bestimmten historischen Zeiträumen sogar überflügelt und beeinflusst.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es wenige qualifizierte Projekte mit einer Sicht über den eurozentrischen Zaun hinaus gegeben hat. Wo es sie gab, stand oft die Betrachtung des »Exotischen« mehr im Vordergrund als der Blickwinkel des Verstehens und des Kennen lernens. Es fehlen die Projekte, die die Offenheit der Kulturen aufzeigen. Es könnte eine breit angelegte Programmstruktur geben, die sich mit diesen zentralen Fragen beschäftigt. Wichtigster Anspruch

wäre das dialogische Prinzip. Eine Begegnung von Kulturen ohne dieses Prinzip wäre verfehlt. Durch eine solche Auseinandersetzung aber begänne für den deutschen Betrachter der Weg zum Respekt vor dem Anderen; diejenigen, die ihrer eigenen kulturellen Herkunft begegnen, würden sich auf den Weg machen, ihre eigene Identität zu entdecken.

Ein anderer Teil des Weges ist der einer konkreten künstlerischen Zusammenarbeit. Hier gab und gibt es in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von Projekten, die von ihrer Anlage und ihren Ergebnissen her modellhaft stehen können. Sie finden sich vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendkultur.

Allen gemeinsam ist die künstlerische Leitung durch »Profis« der jeweiligen Szene. So wird das Prinzip von Nachahmung durchbrochen, das allzu oft eine freizeitorientierte kulturelle Beschäftigung prägt. Die Überzeugungskraft einer Künstlerin oder eines Künstlers überträgt und vervielfältigt sich. Sie kehrt über einen kreativen Prozess verwandelt wieder. Sie wirkt »emanzipatorisch«: Was dann zu sehen und zu hören ist, ist der persönliche Ausdruck der Jugendlichen, gestaltet in Inhalt und Form. Die Jugendlichen begegnen sich in neuen Konstellationen: Die Hierarchie der ethnischen Unterschiedlichkeit wird aufgehoben und durch das künstlerische Miteinander, die künstlerische Leistung neu geprägt.

Unter dem Namen »Alle Achtung« verbindet ein Projekt der Regionalen Kulturpolitik fünf Städte mit ihrer Vielzahl von Schulen und Jugendeinrichtungen, die sich gemeinsam der Auseinandersetzung mit dem Fremden, dem Anderen widmen. Als Kunstrichtungen stehen hier Pate: die Musik, der Tanz, das Theaterspielen- und Verfassen, die Literatur, die Medien und die Bildende Kunst. Dieses Projekt gilt bundesweit als vorbildlich und ist bereits in verschiedenen Veröffentlichungen dargestellt.

Natürlich greift es besonders die Ausdrucksweisen der jugendlichen Subkultur auf, also Rap und Pop, Hiphop und Jazzdance, freie theatralische Gestaltung und Graffiti. Es entstand so das Musical »Hiphop for Respect«, das in beeindruckender Weise den Willen zum Leben miteinander – aber auch das tatsächliche »Aneinander vorbei« aufzeigte. Es gab Rap-Sessions, die unter die Haut gingen. Junge Türken sprachen von ihren Gefühlen und Träumen, die nur im Zusammenleben zu verwirklichen sind, das unsere Gesellschaft auch tatsächlich erlaubt. Sie sprachen von der Ausgrenzung, die ihnen den Blick durch die geöffnete Türe erlaubt, aber nicht das Durchschreiten.

Beängstigende Szenarien von Verfolgung und Verachtung wurden sichtbar in Literatur und Theaterspiel. Was da durch die thematische Auseinandersetzung entstand, war eine Öffnung auf den Anderen zu, die Suche nach Gemeinsamkeiten. Es entstand ein gemeinsames künstlerisches Wollen, das für jeden Einzelnen identitätsbildend war. Das Projekt »Alle Achtung« bietet die Besonderheit eines breiten künstlerischen Spektrums, so dass jeder sich in einem der vorgeschlagenen künstlerischen Felder wiederfand.

Ähnliche Projekte der Regionalen Kulturpolitik zeichnen sich durch gleiche Merkmale in Struktur und Auswirkung aus. Ernsthafte kulturelle Begegnung

bringt Probleme mit sich, erzeugt Fragen an den eigenen kulturellen Hintergrund und bewirkt Irritationen durch die andere Kultur. Und das auf beiden Seiten. Sie kann das Austragen von Konflikten in friedlicher Weise und mit künstlerischen Mitteln fördern. In konflikttheoretischer Hinsicht ist die Auseinandersetzung um Werte und Normen konsensstiftend. Sie kann, sofern sie in geregelten Bahnen verläuft, zur sozialen Integration beitragen. Erst wenn wir Irritation und Fremdheit zulassen, können wir aufeinander zugehen, erfahren die Erweiterung des eigenen kulturellen Spektrums. Kunst und Kultur leisten also einen Beitrag zur Entwicklung gemeinsamer kultureller und zivilisatorischer Werte, für ein gesellschaftliches Klima der gegenseitigen Achtung und des Respekts voreinander.

Rolle der Landeskulturpolitik

»Kultur« war zwar in den letzten beiden Jahrzehnten der zentrale Begriff, mit dem über die Chancen und Risiken der Einwanderungsgesellschaft diskutiert wurde. Stichworte waren dabei die Begriffe »Leitkultur«, der »Kampf der Kulturen« und die »Multikulturelle Gesellschaft«. Trotzdem stellte das *Landeszentrum für Zuwanderung*, das die Landesregierung berät, im August 2001 fest: »Diesem häufig inflationären Gebrauch von ›Kultur‹ in Zusammenhang mit Beschreibung und Charakterisierung der Einwanderungsgesellschaft steht eine absolute Blindstelle im Bereich der operationalisierten Kulturpolitik des Bundes und der Länder gegenüber. Die moderne ›Einwanderungsgesellschaft‹ ist in der Kulturpolitik der Bundesrepublik noch nicht angekommen, weder beim Bund, noch bei den Ländern; in einzelnen Kommunen gibt es erste Ansätze.«

Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen wird auch auf der Basis dieser Hinweise die interkulturelle Kulturpolitik in Zukunft stärker in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Kulturpolitik kann sich auch angesichts der bereits genannten Einwanderungszahlen nicht nur auf den deutschen Teil der Bevölkerung beziehen. Ich plädiere darum für eine »Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft«. Migrantinnen und Migranten partizipieren bisher kaum an der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Wie also müssen sich die kulturellen Angebote verändern, wenn in den nächsten Jahren bis zu vierzig Prozent der Bevölkerung in den Städten einen Migrationshintergrund haben? Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die Kultureinrichtungen und die einzelnen Sparten. In den Kommunen gibt es seit langen Jahren viele Beispiele interkultureller Kulturarbeit, aber keine speziellen Handlungskonzepte für die interkulturelle Kulturarbeit. So ist zum Beispiel im Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen aus dem Jahr 1999 mit ihrem Kulturbeauftragten Dr. Oliver Scheytt, der auch Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft* ist, kein Programmteil zur Rolle der Kulturarbeit oder der Kulturpolitik vorhanden. Stattdessen finden sich dort ausführliche Strategien in anderen Feldern, etwa im Bereich der Sozialarbeit oder der Arbeitsmarktpolitik.

Das gleiche Defizit gilt aber auch für die Landeskulturpolitik. Bisher fördert die öffentliche Hand MigrantInnen als ProduzentInnen und NutzerInnen von

Kunst und Kultur kaum. Ich möchte dies ändern. Dafür habe ich beim *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* eine Bestandsaufnahme in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse im Frühjahr 2003 vorliegen werden. Die Untersuchung widmet sich den folgenden Fragestellungen:

- Welche Initiativen, Projekte und Festivals gibt es in NRW und speziell im Ruhrgebiet?
- Wo liegen die Räume und Spielorte der Migranten-Kultur?
- Welche Erfahrungen und Angebote existieren in den einzelnen Städten?
- Welchen Handlungsbedarf gibt es für das Land?

Insbesondere mit Bezug auf die Möglichkeiten für die Landespolitik erwarte ich mir weitere wichtige Aufschlüsse von der Untersuchung des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*. (Vgl. hierzu den Beitrag von Kröger/Sievers in diesem Band)

Unter Einbeziehung dieser Untersuchungsergebnisse des Projekts »Zur Situation und zu den Aufgaben Interkultureller Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen« möchte ich deshalb eine konzeptionell fundierte Weiterentwicklung dieses Aufgabenfeldes in Gang setzen. Hierfür sollen in 2003 in einem ersten Schritt beispielhaft, qualitativ hochwertige Pilotprojekte ausgeschrieben werden. Eine begleitende Auswertung dieser Pilotprojekte soll Teil einer parallel laufenden konzeptionellen Entwicklungsarbeit werden. Ab März 2003 sollen Arbeitsgruppen Möglichkeiten, Kriterien und Notwendigkeiten von Aufgaben- und Themenfeldern ausloten. Interkulturelle Kulturarbeit soll im Medium der Kunst der Kommunikation, der Verständigung und der Wahrnehmung einer als bereichernd bewerteten Vielfalt der Kulturen dienen. Sie soll dazu verhelfen, die jeweils eigenen Lebensweisen und Anschauungen zu reflektieren und kulturelle Differenzen und Wahrnehmungen kennen zu lernen, anzuerkennen und in diesem Spannungsfeld für ein friedliches Miteinander zu nutzen. Ziel interkultureller Kulturarbeit ist außerdem die Arbeit an neuen internationalen künstlerischen Ausdrucksformen und Strukturen.

Zielsetzung der Projektentwicklung zur interkulturellen Kulturarbeit

Der von mir initiierte Entwicklungsprozess verfolgt das Ziel, neue Möglichkeiten, Kriterien und Formen der interkulturellen Kulturarbeit für die Praxis auszuloten. Ausgehend von Einzel-Projektförderungen sollen zusätzliche nachhaltigere Planungs- und Durchführungsformen gefunden werden. Dabei gilt es:

- Partizipation anzubieten: durch Zusammenführung und Beteiligung von Künstlerinnen, Künstlern und Kulturfachleuten mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen bei den hier benannten Projektentwicklungen;
- Adressatenansicht zu reflektieren: durch zielgruppen- und themenspezifische Ausrichtungen, um dem zu ermittelnden Kunst- und Kulturbedarf einer spe-

ziellen Klientel zu entsprechen (prioritär: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene);

- Schwerpunktprogramme zu entwickeln: durch Städte und Regionen übergreifende Kooperationen, um neben inhaltlichen auch finanzielle Synergieeffekte herzustellen;
- Dialogische Prinzipien anzuwenden: durch Angebotsentwicklung, die dem Charakter eines Dialogs der Kulturen in der interkulturellen Kulturarbeit entsprechen, durch Einbeziehung gesellschaftlicher Kontexte und durch das Möglichmachen persönlicher Begegnungen (gemeinsame Kunstproduktion der Künstlerinnen und Künstler und Interaktion mit dem Publikum als Zielgruppe);
- Nachhaltigkeit erzielen: Es sind solche Projekte zu fördern, die nachhaltige Wirkungen für kulturelle Interaktionen erzielen können.

Das Prinzip der partizipativen, transparenten Entwicklungsarbeit entspricht den bei der Regionalen Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens bereits erfolgreich erprobten Prinzipien. Das Kulturministerium hat hier nicht sozusagen »von oben« und »stellvertretend für andere« Angebote entwickelt, sondern grundlegende Projektkriterien und -bedingungen gemeinsam und auf gleicher Augenhöhe mit den Beteiligten erarbeitet.

PETER FRANKENBERG

Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik

Wir leben in einer Zeit, die durch eine zunehmende Globalisierung und Internationalisierung gekennzeichnet ist. Darin sehen die einen eine Chance, andere erblicken darin eine mögliche Bedrohung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens. Tatsache ist, dass durch die Medien und die modernen Kommunikations- und Verkehrsnetze Ereignisse auch in entferntesten Regionen in ganz anderer Weise als früher ins Bewusstsein der Menschen gerückt sind. Auch der Erlebnis- und Erfahrungshorizont Jugendlicher ist durch die internationale Verflechtungen globalisiert. Nicht immer ist dabei eine größere Aufgeschlossenheit anderen Kulturkreisen gegenüber die Folge. Zu beobachten sind sogar Voreingenommenheit und gewaltsame Reaktionen auf Fremdartiges und Fremdartige.

Solche Voreingenommenheiten müssen überwunden werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Bildungspolitik und besonders der Bildung und Erziehung in der Schule zu. In dieser Frage gibt es einen breiten Konsens zwischen den für die Bildungs- und Kulturpolitik zuständigen Bundesländern. Dieser Konsens artikuliert sich nicht zuletzt in der Empfehlung »Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule«, welche die *Kultusministerkonferenz* im Oktober 1996 verabschiedet hat. Diese Empfehlung bezeichnet interkulturelle Bildung als Teil des allgemeinen Erziehungsauftrages der Schule. Gefordert ist bei allen Schülerinnen und Schülern die Entwicklung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die dem ethischen Grundsatz der Humanität und den Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, von Solidarität und Völkerverständigung, von Demokratie und Toleranz verpflichtet sind. Auf dieser Grundlage sollen die Schülerinnen und Schüler:

- sich ihrer jeweiligen kulturellen Sozialisation und Lebenszusammenhänge bewusst werden,
- über andere Kulturen Kenntnisse erwerben,
- Neugier, Offenheit und Verständnis für andere kulturelle Prägungen entwickeln,

- anderen kulturellen Lebensformen und -orientierungen begegnen, sich mit ihnen auseinandersetzen, dabei Ängste eingestehen und Spannungen aushalten,
- Vorurteile gegenüber Fremden und Fremdem wahr- und ernst nehmen,
- das Anderssein der Anderen respektieren,
- den eigenen Standpunkt reflektieren, kritisch prüfen und Verständnis für andere Standpunkte entwickeln,
- Konsens über gemeinsame Grundlagen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft und in einem Staat finden,
- Konflikte, die aufgrund unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit entstehen, friedlich austragen und durch gemeinsam vereinbarte Regeln beilegen können.

Es ist dabei klar, dass die Schule allein den gesellschaftlichen Anspruch, das gleichberechtigte Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheit zu gewährleisten, nicht erfüllen kann. Sie kann allerdings einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Deshalb ist es wichtig, dass zunächst einmal die Lehrerinnen und Lehrer den gestellten Anforderungen gerecht werden. Sie sind gefordert, nicht nur einen Kanon inhaltlicher Schwerpunkte des Unterrichts zu realisieren, sondern dabei auch die besonderen didaktischen und methodischen Ansprüche zu erfüllen. Hierzu gibt die erwähnte Empfehlung der *Kultusministerkonferenz* eine Fülle guter Orientierungspunkte.

Dem muss vor allem auch die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer entsprechen. Darüber besteht zwischen den Bundesländern völlige Übereinstimmung.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit unserem Bildungssystem schließlich auch die Tatsache, dass durch den beträchtlichen Anteil ausländischer Studierender unsere Hochschulen ein Ort des praktizierten Miteinanders zwischen den Völkern und Kulturen sind.

Das Thema »Interkultur« ist aber nicht nur für unser Bildungssystem eine wichtige Herausforderung, sondern auch für die Kulturpolitik im engeren Sinne. Hier liegt zunächst einmal ein eindeutiger Schwerpunkt bei den Kommunen. Unsere Städte und Gemeinden nehmen diesen Auftrag erfreulicherweise sehr ernst. Sie haben zumeist gezielte Förderprogramme für interkulturelle Vorhaben aufgelegt. So standen etwa in den Jahren 2000 und 2001 im Kulturhaushalt der Landeshauptstadt Stuttgart jeweils insgesamt 384 000 Mark zur gezielten Förderung interkultureller Projekte und Organisationen zur Verfügung. Grundlage bei der Vergabe dieser Mittel sind eigene Richtlinien, welche die Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung von kulturellen Veranstaltungen nicht-deutscher Vereine und Organisationen verabschiedet hat. Das Tableau der durchgeführten Fördermaßnahmen ist beeindruckend und sehr ausdifferenziert. Besondere Hervorhebung verdient etwa der »Tag der Kulturen«, der jährlich im *Treffpunkt Rotebühlplatz* in Stuttgart stattfindet. In seine Planung und Durchführung sind 44 ausländische Kulturinstitutionen eingebunden. Aber auch alle anderen Städte und Gemeinden

unseres Landes nehmen, mit unterschiedlichen Akzentsetzungen, Interkultur als Aufgabe sehr ernst.

Auch die Landespolitik ist in diesem wichtigen Feld nicht außen vor. Baden-Württemberg verfügt zwar über kein spezielles Förderprogramm für interkulturelle Aktivitäten und Institutionen. Hervorzuheben ist aber:

- Alle Kultur-Förderprogramme gelten nicht nur für inländische Institutionen und Projekte, sondern auch für ausländische. Diese haben keinen Sonderstatus, sondern im Prinzip denselben Status und Rechtsanspruch wie vergleichbare inländische Vorhaben. Auch das stark in Anspruch genommene Kultur-Stipendienprogramm des Landes gilt gleichermaßen für inländische wie ausländische Mitbürger.
- Ein Paradebeispiel institutionalisierter interkultureller Arbeit ist die weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannte *Akademie Schloss Solitude*, deren Leitung ein Franzose innehat und deren Stipendiaten zu inzwischen 60 Prozent Ausländer sind. Ein weiteres wichtiges Beispiel ist das *Institut für Auslandsbeziehungen*, das zwar nicht seitens des Landes getragen wird, das aber in Stuttgart angesiedelt ist und mit Landesmitteln in erheblichem Umfang unterstützt wird.
- Neben diesen Institutionen und neben den für alle gleichermaßen geltenden Förderprogrammen werden immer wieder spezielle interkulturelle Projekte aus Mitteln zur Förderung internationaler Kulturbeziehungen unterstützt. Hier leistet das Land nach dem Subsidiaritätsprinzip wichtige ergänzende Hilfen zur kommunalen Förderung.

Interkultur ist für die Bildungs- und Kulturpolitik keine Nebensache, sondern ein zentrales Anliegen. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für dieses Anliegen darf im öffentlichen Bewusstsein nicht ins Hintertreffen geraten. Der Abbau von Spannungen in einer globalisierten Welt beginnt vor der eigenen Tür, in den eigenen vier Wänden, in den Köpfen der Menschen. Sie ist nicht nur Aufgabe der »großen Politik«.

Die politische Verantwortung bezieht sich, wie in anderen Feldern, auch hier vor allem darauf, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Förderprojekte, seien sie von den Kommunen oder den Ländern, können flankierende Hilfestellung leisten; sie tun dies auch mit wachsendem Erfolg. Diese Aufgabe der Kommunen und der Länder darf auch bei schlechter werdenden finanziellen Grundlagen nicht vernachlässigt werden. Friedenssicherung beginnt bei der Fähigkeit der Menschen und ihrer Kulturen zum Dialog. Offenheit und wechselseitiger Respekt sind die Schlüssel zu einem gedeihlichen Miteinander.

ECKHARDT BARTHEL

Kulturelle Integration als politische Aufgabe

Im Prozess der Anwerbungs- und Einwanderungspolitik und der damit propagierten Integrationsaufgabe stehen vorwiegend politische, rechtliche und soziale Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Die Form des Zusammenlebens von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten wird aber wesentlich geprägt von den unterschiedlichen Lebenswelten, den Wertvorstellungen, Traditionen und Lebensweisen. Deshalb müssen auch ethnisch-kulturelle Gesichtspunkte in der Integrationspolitik stärker beachtet werden, wird sich doch die kulturelle und ethnische Pluralität auch in Deutschland noch erweitern.

Allen Wunschvorstellungen zum Trotz besteht das Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung zu einem großen Teil noch immer in einem Neben- statt Miteinander. Der Chancen und Bereicherungen durch wachsende kulturelle Vielfalt ist man sich im Einwanderungsland Deutschland noch nicht ausreichend bewusst. Gründe dafür sind Verständigungsprobleme durch Sprache, Lebensformen und Wertvorstellungen, aber auch Ängste vor Identitätsverlust und Verdrängung. Diskriminierung, schlechte soziale Lage und Perspektivlosigkeit führen bei den betroffenen Migranten häufig zum Rückzug in eine scheinbar Halt gebende Herkunftskultur, was zum Teil durch Einflüsse aus dem Herkunftsland verstärkt wird (z. B. Medien). Durch den steigenden Grad von Mobilität und modernen Kommunikationsmedien leben Migranten zunehmend zeitlich versetzt und abwechselnd in zwei Ländern und Kulturen, von denen sie geprägt werden. Je stärker Diskriminierung in Deutschland erfahren wird, desto mehr Zustimmung gewinnen selbst fundamentalistische religiöse Orientierungen bei Migranten. Die vielfach zu beobachtende Ethnisierung von eigentlich sozialen Konflikten führt ebenfalls zur Abgrenzung.

Die durch die Migration veränderte Alltagskultur stößt bei der Mehrheitsgesellschaft häufig auf Unverständnis. So gilt das Tragen von Kopftüchern lediglich als Symbol religiösen Fundamentalismus, was es sicher *auch* ist, doch sind die Mo-

tive vielfältiger. Und der verständliche Wunsch von Menschen mit gleichem kulturellem Hintergrund und gleichen Problemen, im Aufnahmeland zusammenzuleben, wird abwertend als »Ghettoisierung« bezeichnet. Die Bildung von kulturellen Enklaven ist Bestandteil von Einwanderungsprozessen: »Im Eigenen wohnen zu dürfen« gehört zu den Freiheiten, die – trotz aller Probleme, die damit verbunden sind und auf andere Weise gelöst werden müssen – nicht administrativ beschnitten werden dürfen.

Im Zuge der Multikulturalität zeigt sich aber auch, dass die Polarität: Dominanzkultur der Aufnahmegesellschaft einerseits und Herkunftskultur andererseits nicht mehr allein bestimmend ist. Zumindest temporär haben sich neue, transkulturelle Identitäten entwickelt, nicht nur durch die starke Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch eine eigenständige Entwicklung junger »Migranten« zwischen den Kulturen, die sich weder durch die eigene ethnische Gruppe noch durch die Mehrheitskultur vereinnahmen lassen. Deren neue Kulturformen beeinflussen im Übrigen durch den Kulturaustausch auch kulturelle Entwicklungen in den Herkunftsländern, etwa in der populären Musikkultur.

Auch die Mehrheitsgesellschaft hat sich durch die Migrationsprozesse verändert und neu den Alltag mitbestimmende kulturelle Einflüsse als »dazugehörig« akzeptiert. Das betrifft sowohl die in diesem Zusammenhang immer genannte Esskultur, aber auch beim Sport, in der Musik, in Tanz, Film, Literatur und Malerei ist diese positive Entwicklung sichtbar. Gerade die Kultur kann, besser: die Kulturen könnten dazu beitragen, vom Nebeneinander zum Miteinander zu kommen, eine Brücke der Begegnungen zu schaffen, das Fremde vertraut zu machen.

Das Zusammenleben in einer kulturell beziehungsweise ethnisch heterogenen Gesellschaft bedingt die gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen und identitätsbildenden Lebensformen und Traditionen. Aufgabe des Staates ist es auch, den Erhalt kultureller – nicht nationaler – Identitäten zu ermöglichen. Jeder Einzelne muss darin frei sein, selbstbestimmt seine kulturelle Identität zu erhalten beziehungsweise zu entwickeln. Dazu ist es auch nötig, dass die noch bestehenden Ungleichheiten zwischen Mehrheits- und Minderheitskulturen abgebaut werden und die Mehrheitsgesellschaft andere kulturelle Identitäten und Lebensweisen nicht nur toleriert, sondern respektiert. Kulturelle Identität und Lebensweise sind dabei keinesfalls statisch zu verstehen. Besonders im Zuge der Globalisierung gewinnen Erhalt und Respektierung von Identitäten, die sich gleichwohl verändern, zunehmend an Bedeutung. Unserem republikanischen Verfassungsstaat widerspricht die verbindliche Festlegung einer nationalen Religion oder Kultur. Er schützt vielmehr die individuelle Freiheit der Kultur und ermöglicht so kulturelle gesellschaftliche Vielfalt und Dynamik.

Auch eine multikulturelle Gesellschaft ist keine harmonische Gesellschaft. Konflikte sind ihr immanent. Sie zu leugnen ist ebenso töricht wie sie zu dramatisieren. Zur Austragung von Konflikten ist die Anerkennung allgemeinverbindlicher Regelungen unverzichtbar und natürlich die Akzeptanz unseres Wertesystems, wie es sich in der Verfassung und in den Gesetzen widerspiegelt. Darauf

muss sich auch der Staat bei Erfüllung seiner Schutzfunktion im Konfliktfall begrenzen und darf sich nicht gegen kulturelle Orientierungen wenden.

Der gesellschaftliche Konsens darf aber nicht nur das Wertesystem beinhalten, sondern muss auch die Anerkennung der kulturellen Differenzen in unserer Gesellschaft einbeziehen. Nur so können kulturelle Unterschiede als Unterschiede und nicht als Gegensätze wahrgenommen werden und damit zu Bereicherung statt zu Konflikten führen.

Zur Chancen- und Rechtsgleichheit gehört auch, dass allen der Zugang zur Kultur möglich ist – zur eigenen wie der der anderen. Kulturelle Minderheiten müssen sich wiederfinden können im kulturellen Leben des Kulturstaates Deutschland, ohne dass es zu einer Ethnisierung der Kultur kommt. Und die Mehrheitsgesellschaft muss die Chance zur Begegnung mit anderen Kulturen haben. Das Fremde wird so zum vertrauten Anderen – eine Voraussetzung für eine erfolversprechende Integrationspolitik.

In der Vielfalt der kulturellen Angebote liegt eine große integrationspolitische Chance. Sie auch durch konkrete Maßnahmen und Projekte zu nutzen, ist auch Aufgabe der Kulturpolitik:

- Die durch die Einwanderung hinzugekommenen und sich entwickelnden neuen Kulturen müssen einen eigenständigen und höheren Stellenwert erhalten und befreit werden von gutgemeinten sozialen Erwägungen. Die *Kulturstiftung des Bundes* hat auch die Auflage, Programme und Verhalten zu fördern, die der Überbrückung kultureller Grenzen und der kulturellen Integration von zugewanderten Minderheiten dienen.
- Eine zu gründende »Integrationsstiftung« mit angeschlossener Akademie könnte den notwendigen kontinuierlichen Diskurs zwischen Politik, Wissenschaft und interkultureller Praxis fördern und Strategien auch für das interkulturelle Zusammenleben vor Ort entwickeln. Partner wären die lokalen Integrationsagenturen (z. B. Quartiersmanagement, soziokulturelle Zentren), deren Arbeit, auch die der Konfliktminderung, inhaltlich und materiell (z. B. durch Modellversuche) unterstützt werden könnte.
- Zur stärkeren Bewusstmachung der inzwischen akzeptierten Realitätsbeschreibung »Deutschland ist ein Einwanderungsland« kann ein Migrationsmuseum beitragen. In ihm sind die Wanderungsbewegungen und deren Folgen von Arbeitsmigration, Flüchtlingen, Vertriebenen etc. zu dokumentieren.
- Neben den Beiträgen von nichtdeutschen Künstlerinnen und Künstlern zur Kultur in Deutschland, auch zur kommerziellen Populärkultur, existiert eine Vielzahl alltagskultureller Symbole und Aktivitäten, die bisher nur unzureichend der Mehrheitsbevölkerung bekannt sind. Dies reicht von religiösen Feiern über tradierte ethnokulturelle Bräuche bis zu Anpassungsprozessen an deutsche Feiertage wie Weihnachten. Formen bürgerschaftlichen Engagements der Minderheitenbevölkerung sollten in vorhandene Präsentationsforen (etwa Ausstellungskonzepte von Volkskundemuseen) integriert werden, um diese Alltagskultur als Teil der Kultur in Deutschland wahrnehmbar zu machen.

- Kulturelle Minderheiten müssen sich auch in den Medien wiederfinden. Die gängige schablonenhafte Schwarz-Weiß-Darstellung von Migranten, deren Kultur und Lebensweise, sowie das Fehlen von Angeboten für diese Bevölkerungsgruppe ist auch durch eine stärkere Beteiligung von Journalisten, Künstlern usw. nichtdeutscher Herkunft in den Anstalten zu überwinden. Dies ist durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen.
- Religion ist Teil der Kultur. Auch Menschen nicht-christlichen Bekenntnisses muss es möglich sein, im Rahmen unserer Verfassung ihrem Glauben gemäß zu leben und ihre Religion zu verbreiten. Dazu gehört die Unterrichtung an Schulen ebenso wie die Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern an deutschen Hochschulen. Die Vermittlung von Kenntnissen über verschiedene Religionen bereits in Schulen dient dem besseren Verständnis auch anderer Kulturen. Der »Dialog der Religionen« kann einen wesentlichen Beitrag zum Miteinander von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft leisten. Ein plumper Anti-Islamismus bewirkt das Gegenteil.
- Die sozialen Dienste müssen sich den Menschen anderer Kulturen öffnen. Dazu ist eine besondere Schulung zur interkulturellen Kompetenz als auch eine multikulturelle Zusammensetzung der Beschäftigten nötig. Die einzelnen Menschen müssen sich mit ihren spezifischen kulturellen Hintergründen im jeweiligen Dienst angenommen fühlen.
- Ethnisch-kulturelle Vereine und Verbände spielen eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Kulturen, zwischen Mehrheit und Minderheiten, zwischen autochthonen Institutionen und Migrantenbevölkerung – sofern sie sich nicht als Hort der Abgrenzung begreifen. Diese Mittlerrolle ist durch stärkere Partizipationsmöglichkeiten der Verbände zu unterstützen.

Sowohl die Integrationsdefizite im Inneren als auch die Ereignisse des 11. September 2001 haben bewusst gemacht, welche Bedeutung der Kultur im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und in einer zunehmend globalisierten Welt zukommt. Die Konsequenz daraus muss eine nachhaltige Aufwertung der Kulturpolitik auf allen staatlichen Ebenen sein.

GÜNTER NOOKE

Wir und die anderen

Migration – Religion – Integration: Anmerkungen zu Grundlagen der interkulturellen Kulturarbeit

Vorbemerkung

Die Erwartungen, die mit interkultureller Kulturarbeit verbunden werden, sind in der jüngeren Vergangenheit in dem Maße gestiegen wie die Frage nach den Möglichkeiten von Kunst und Kultur in einem interkulturellen Austausch, einem Dialog der Kulturen, drängend geworden ist. Das gilt nicht erst für die Zeit nach dem 11. September 2001.

Und es muss angesichts der zahlreichen Debatten auch von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, dass das Ermöglichen und Führen des Dialogs der Kulturen – im Ausland – eine originäre Aufgabe der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik ist, allen voran der *Goethe-Institute*. Auch das gilt nicht erst seit dem 11. September 2001.

Das Ermöglichen und Führen des Dialogs der Kulturen – im Innern – ist vor allem und vor Ort eine Aufgabe der Länder und Gemeinden, eine Aufgabe aber, über deren Grundzüge und Ziele eine Verständigung erreicht werden sollte. Hierin liegt eine Gemeinsamkeit der interkulturellen und der Auswärtigen Kulturarbeit.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Konjunktur der Begriffe – vom »Dialog mit dem Islam« über den »Dialog der Kulturen« bis zur interkulturellen Kulturarbeit – lohnt es sich daran zu erinnern, dass die 53. Generalversammlung der *Ver-einten Nationen* bereits im November 1998 das Jahr 2001 zum »Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen« erklärt hat. Rückblickend ist diese Entscheidung von bedrückender Weitsicht. Und sie zeigt: Neu ist die Erkenntnis, dass es einen erheblichen Bedarf am Dialog gibt, nicht. Aber es sieht so aus, als hätten wir mit dieser Erkenntnis lange nichts anfangen können.

Von Vielfalt, Unterschieden und Selbstverständnis

Kulturelle Vielfalt speist sich aus vielen Quellen, darunter regionale Herkunft, religiöse Orientierung, Sprache und Ethnizität. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt bedeutet zugleich die Anerkennung auch der Unterschiedlichkeit der Kulturen. Und sie sollte und muss nicht dazu führen, die eigene Identität zugunsten der Position des »Anderen« zweitrangig zu behandeln. Damit ist nicht mehr, aber auch nicht weniger gemeint als die Selbstvergewisserung der eigenen Grundwerte, wie sie Außenminister Fischer in seiner Rede vor dem *EU-OIC-Forum* am 12. Februar 2002 in Istanbul angemahnt hat: Für den Dialog der Kulturen bedarf es, so Fischer, »der Klarheit über unsere eigenen Grundwerte, die wir verteidigen und zu denen wir stehen müssen. Toleranz ist Ausdruck von Selbstbewusstsein, nicht von Schwäche.«

Die Vergewisserung über die eigene Identität muss die Folie sein, vor der sich die Auseinandersetzung mit dem Fremden, dem »Anderen« vollzieht: Der selbstbewusste Umgang mit dem Fremden setzt den selbstbewussten Umgang mit dem Eigenen voraus. Dabei steht die scheinbare Einfachheit dieser Aussage im deutlichen Widerspruch zur täglichen Praxis nicht nur in der interkulturellen Arbeit, sondern auch der Vermittlung deutscher Kultur im Ausland, die häufig der Versuchung erliegen, das Eigene angesichts des Fremden zurückzustellen, wenn nicht zu negieren. Voraussetzung eines Erfolg versprechenden Dialogs ist aber das Vorhandensein eines Selbstverständnisses, einer Verständigung darüber, welches Bild vermittelt werden soll. Sicher ist, dass dies nicht einfach zu sagen oder gar festzulegen ist. Sicher ist auch, dass diese Frage immer auch eine politische Frage ist. Ebenso sicher ist, dass hierin ein großes Defizit in der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik liegt, dem sich die Bundesregierung weder mit Taten und noch nicht einmal mit Worten gewidmet hat.

Anspruch und Inanspruchnahme

Ethnizität kann sowohl Bereicherung als auch Beschränkung bedeuten. Interkulturelle Arbeit sieht Ethnizität als Bereicherung an, als konstitutives Merkmal ist dieser Grundsatz hingegen nur bedingt tauglich. Pluralistische »multikulturelle« Gesellschaften sind potentiell Konfliktgesellschaften, und sie sind es auch im positiven Sinn: Für die Formulierung gemeinsamer Ziele und Projekte können die unterschiedlichen Ausgangslagen und Standpunkte neue Sichtweisen erschließen, Differenzen eine produktive und kreative Kraft gewinnen. Sie erlauben es, Zusammenhänge aus unterschiedlicher Perspektive sehen zu lernen und sie helfen, ein umfassenderes Wahrnehmungsvermögen und neue, den jeweiligen sich verändernden Bedingungen angepasste Strategien zu entwickeln.

Der Dialog kann nur gelingen durch einen kontinuierlichen Austausch, durch Beharrlichkeit, soll er auch im Einzelnen, vor Ort und abseits der Theorie überzeugen. Aus der Präsenz und der Überzeugungskraft der künstlerischen Arbeit

kann Verständigung möglich gemacht werden und kann ein interkultureller Dialog Gewinn ziehen. Voraussetzen oder gar zum Erfolg zwingen durch ein unterstelltes »konfliktpräventives Potential« lässt er sich nicht. Auch wenn der Hinweis auf ein »konfliktpräventive Potential der Kultur« in keiner Diskussion fehlt – er mag in seiner Beschwörung unvermeidlich sein –, im Konkreten ist er bisher unklar geblieben. Doch es handelt sich bei den einzelnen Projekten, die im Rahmen der interkulturellen Kulturarbeit in den Gemeinden und Ländern umgesetzt werden, immer um konkrete Vorhaben.

Soziale Ungleichheit und Diskriminierung, die unterschiedlichen Machtpositionen von Mehrheiten und Minderheiten, Etablierten und Außenseitern, bestimmen ganz entscheidend die Praxis interkultureller Arbeit. Diese Grundkonstellation mit dem Hinweis auf einen Vorrang des kulturellen Austausches als nebensächlich zu erachten, unterschätzt offensichtliche wie latente Differenzen und überschätzt die Möglichkeiten des kulturellen Austausches. Wer von der interkulturellen Kulturarbeit verlangt oder sich verspricht, sie könnte bestehende Konflikte entschärfen oder etwa Probleme des Einwanderungsrechts klären, verkennt nicht nur die Aufgabe der interkulturellen Arbeit, sondern hat auch den Blick für die Möglichkeiten eines – nur – kulturellen Dialogs verloren.

Gleiches gilt im engeren Sinne für die Rolle Kunst in der interkulturellen Kulturarbeit. Der Zweck der Kunst ist Kunst. Kunst verweigert sich fremden Zwecken, und sei es der Dialog der Kulturen. Kunst ist von Individuen geprägt, von individuellen Haltungen, die auch extrem sein können, die Absolutheitsansprüche stellen, die sich die Politik nicht erlauben darf. Kunst stellt Fragen, ohne Rücksicht auf mögliche Antworten, schürt Kontroversen, ohne unbedingt Aussicht auf Konsens zu geben. Von ihr zu erwarten, sie solle harmonisierend wirken, negiert nicht nur ihre Autonomie, sondern leistet ihrer Instrumentalisierung Vorschub. Kunst, im besten Sinne ist Sand im Getriebe, nicht bei Bedarf als Schmiermittel für politische Prozesse einsetzbar.

Kultur in Deutschland oder Multikultur?

Der kulturelle Reichtum Deutschlands speist sich aus der Vielfalt seiner Regionen und der Offenheit für Anregungen aus aller Welt. Darauf zu vertrauen, dass die Folgen der Einwanderung sich in der Gesellschaft selbst steuern und regulieren würden, hat sich jedoch als unrealistisch erwiesen. Die mit dem Wort »Multikultur« verbundene Idee einer Gesellschaftsform ist reduziert auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der nicht die Kulturen emanzipieren kann, sondern bestenfalls erfahrbar macht. Der multikulturelle Karneval der Kulturen ist kein Entwurf einer Integrationspolitik, Multikultur kein Gesellschaftsmodell.

Verklärte Ideale wie Feuchtwangers »Jüdin von Toledo« oder Lessings »Nathan der Weise« leben in manchem Kulturkarneval weiter und feiern das tolerante Beisammensein von Moslems, Juden und Christen. Doch nicht das Nebeneinander von Grundgesetz und Gottesstaat, von Homo-Ehe und islamischen Schei-

dungsrecht, von BGB und Sharia sichern ein friedliches Zusammenleben, sondern ein Rechtsgerüst, das verbindlich ist, ohne einer Nivellierung oder Assimilierung der Kulturen und Religionen Vorschub zu leisten.

Die Eingliederung in das Bestehende aber muss Bestandteil erfolgreicher Integration sein. Die frühen Verfechter des Multikulti haben das oft genug und aus zum Teil sehr verschiedenen Gründen geleugnet, nicht zuletzt, um dem Vorwurf der Assimilation zu begegnen, der zu Recht mit der Aufgabe der eigenen Identität des Fremden assoziiert wird. Der Gedanke der beiderseitigen Achtung sowohl der gastgebenden Kultur wie der Kultur der Gäste entgeht diesem Vorwurf. Der Wille zur Integration ist eine Voraussetzung für den interkulturellen Dialog, und Integration ist nicht nur eine Aufgabe der Sozial- und Arbeitsbehörden. Integration als Prozess verstanden ist Teil auch der öffentlichen Bildungs- und nicht zuletzt Kulturpolitik. Aus diesem Grund ist eine Maxime des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* – die Teilnahmepflicht an Integrationskursen und Sprachangeboten – auch in der Bildungs- und Kulturpolitik weiterzudenken, und deshalb sind auch die Konsequenzen einer weiteren Maxime – dauerhaftes Aufenthaltsrecht wird nur dem gewährt, der Kenntnisse der Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Kultur nachweisen kann – eine Aufgabe der Träger von Bildungs- und Kulturangeboten.

Gretchenfragen

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle der Religionen in der interkulturellen Arbeit, die zu unterschätzen ein Leichtes, sie in der Praxis einzubeziehen vielleicht das Schwierigste ist. Es ist zu kurz gedacht, dem »Dialog mit dem Islam« einen Vorrang einzuräumen, auch wenn ein großes Defizit in der Vergangenheit damit aufzuholen begonnen wird. Die Religionen als Träger von Kultur müssen insgesamt als Teil des interkulturellen Dialogs gesehen werden. Sie auszublenden kann die interkulturelle Kulturarbeit zum Scheitern verurteilen. Was bedeuten die alten Religionen für das kulturelle Leben einer Stadt? Sind die fernöstlichen Religionen wirklich leichter zu vermitteln, ist der Umgang mit ihnen tatsächlich einfacher, universeller verständlich – wie es uns die zahlreichen Angebote an Veranstaltungen nahe legen wollen? Haben wir die Diskussionen um das Kopftuchverbot, um das Kreuz in den Unterrichtsräumen unserer Schulen zu Ende geführt, beendet oder nur vergessen? Was können wir tun, um dem neuen Interesse von Juden an Europa, auch und besonders an Deutschland, durch Begegnungen mit den jüdischen Gemeinden eine tragfähige Grundlage zu geben? Entscheidend aber ist wohl noch etwas anderes: Woran glauben wir wirklich und welche Konsequenzen hat das für den Einzelnen und unser Zusammenleben? Woran glauben diejenigen, die sich (noch) Christen nennen? Woran glauben Moslems in Deutschland und woran zum Beispiel jüdische Aussiedler aus Russland und Kasachstan? Der interkulturelle Dialog kann nur gelingen, wenn es einen interreligiösen Dialog gibt. Und der wiederum kann nur gelingen, wenn jeder seine eige-

nen Glaubensstraditionen kennt, ernst nimmt und ins strittige Gespräch und problembehaftete Miteinander einbringt.

Was bleibt

Interkulturelle Kulturarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, keine Fachdisziplin. Größer als der Bedarf an interkultureller Kulturarbeit ist nur noch der Bedarf an Qualifizierung hierfür. Das Bewusstsein dafür, dass die interkulturelle Kulturarbeit nicht eine Aufgabe von vielen ist, ob in Kommunen, Ländern oder auf Bundesebene, die mal mehr oder mal weniger als so genannte freiwillige Leistung von Bildungsträgern und Institutionen der kulturellen Bildung übernommen wird, sondern dass es sich um eine der drängenden Aufgaben handelt, muss auch in der Öffentlichkeit stärker bewusst gemacht werden.

In der Substanz kann sich die Politik nur einen kleinen Teil dieser Aufgabe zu Eigen machen, und zwar dort, wo es um die Rahmenbedingungen geht, die einen interkulturellen Dialog möglich machen. An der Debatte muss die Politik ein vitales Interesse haben, und sie kann den Raum beschreiben, in dem interkultureller Dialog, in dem interkulturelle Kulturarbeit stattfinden kann. Sie muss dazu beitragen, eine Ghettoisierung von Migranten in den Städten und Parallelgesellschaften zu verhindern. Und sie muss sich dabei immer wieder vergegenwärtigen, dass eine der großen gesellschaftlich relevanten Fragen weiterhin bleibt: Wie soll Zusammenleben aussehen, damit möglichst viele zufrieden sind?

*Wir und die
anderen*

HANS-JOACHIM OTTO

Grenzen und Chancen interkultureller Kulturarbeit

Die Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der zentralen gegenwärtigen gesellschaftlichen Aufgaben in Deutschland.

Nicht allein die Zuwanderungsdebatte der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass dieses Thema weit mehr umfasst als die Aufnahme und Eingliederung von Asylbewerbern, die ihr Heimatland verlassen, um der politischen Verfolgung zu entkommen. Bei dieser Aufgabe geht es vielmehr um die Erkenntnis und das Eingeständnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – und im eigenen Interesse sein muss, um den aus der demographischen Entwicklung resultierenden Veränderungen und Herausforderungen gewachsen zu sein.

Dabei sind die Steuerung der Zuwanderung und die Integration der Migranten zwei unerlässliche Voraussetzungen für ein auf Dauer angelegtes friedliches Zusammenleben. Um die große Bedeutung der Integration zu unterstreichen, fordert die *FDP*, die Integration als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen.

Bei der Behandlung der Frage, wie die Integration der Migranten zu gewährleisten ist, ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Migration aus den unterschiedlichsten Beweggründen erfolgt und es sich bei den Einwanderern naturgemäß um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Es geht also um die Integration von Menschen verschiedenster ethnischer, sozialer und kultureller Herkunft: Um die Fachkräfte, die sich auf der Grundlage der *Green-Card*-Regelung in Deutschland aufhalten ebenso wie um die Kinder eines Gastarbeiters, die in Deutschland geboren sind, aber die deutsche Sprache nicht beherrschen und um die Einwanderung von Spätaussiedlern ebenso wie um die Asylzuwanderung.

Was aber können Kunst, Kultur und Kulturpolitik zur Bewältigung interkultureller Probleme beziehungsweise zur Förderung interkultureller Verständigung beitragen? Ich möchte zunächst darlegen, wo ich die Grenzen dieses Anspruchs sehe: Es gibt meiner Ansicht nach zwei unerlässliche Grundvoraussetzungen für

eine erfolgreiche und wirkungsvolle interkulturelle Kulturarbeit. Zum einen sind dies ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Dies bedeutet konkret, dass Sprachkurse für Migranten und Aussiedler umgehend flächendeckend angeboten werden müssen – wie dies das Zuwanderungsgesetz vorsieht.

Zum anderen ist es die Bereitschaft der Migranten, sich zu integrieren, sich auf den Austausch mit Menschen anderer Kulturen, insbesondere der des Gastlandes, einzulassen. Nur wenn die Bereitschaft der zugewanderten Menschen besteht, mit den Deutschen zusammenzuleben und nicht nur nebeneinander zu leben, kann die Integration gelingen.

Sind aber diese beiden Bedingungen erfüllt, ist das Integrationspotential der interkulturellen Kulturarbeit kaum zu überschätzen. Dies beruht insbesondere darauf, dass die interkulturelle Kulturarbeit im Unterschied zu den meisten anderen Integrationsmaßnahmen auf dem gleichberechtigten gegenseitigen Kennen lernen und Austausch beruht.

Die Kultur, in welcher Ausprägung und Erscheinungsform auch immer, ist der Bereich, in dem die Migranten ihre jeweiligen kulturellen Lebensformen, Traditionen und Erfahrungen zur Bereicherung aller einbringen können. Es ist für das Selbstbewusstsein der Migranten von großer Bedeutung, wenn sie im Rahmen der interkulturellen Kulturarbeit sich nicht als Bittsteller oder als Fremde sehen oder angesehen werden, sondern als Menschen mit reichem und für die meisten Deutschen unbekanntem Erfahrungsschatz, die ihren Beitrag zum kulturellen Leben in Deutschland leisten können.

Die Besonderheit der interkulturellen Kulturarbeit liegt auch darin, dass vorhandene Barrieren, wie zum Beispiel anfangs noch unsichere Sprachkenntnisse, überwindbar werden, weil andere, künstlerische Ausdrucksformen manches Wort ersetzen können. Hinzu kommt, dass gerade auf der kulturellen Ebene die Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Kulturkreise oft geringer sind als die Unterschiede der Deutschen untereinander und so die Annäherung und Verständigung leichter fällt. Denn es ist längst gesellschaftliche Realität, dass Subkulturen und soziale Kriterien die Menschen stärker prägen und unterscheiden als konventionelle Unterscheidungskriterien wie Herkunft, Sprache oder Religion.

In der interkulturellen Kulturarbeit zeigt sich auch die Bereicherung, die die Migranten für die deutsche Gesellschaft darstellen. In der Geschichte der Kunst beispielsweise sind die entscheidenden Wendepunkte fast immer in der Auseinandersetzung mit fernen, exotischen Einflüssen entstanden. Die Neuerungen und Fortschritte beruhten oft darauf, dass die Künstler in intensiver Auseinandersetzung mit fremden oder andersartigen Kulturen neue Herausforderungen gesucht oder Ausdrucksformen gefunden haben, die zuvor nicht bekannt waren. Dies macht das der interkulturellen Kulturarbeit innewohnende Potential und ihre Bedeutung für die Gesellschaft in anschaulicher Weise deutlich.

Dies geschieht zum einen durch das aus dem bisherigen *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* hervorgegangene *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, wobei abzuwarten bleibt, wie sich die Umstrukturierung auf die Umsetzung der Integrationsaufgaben auswirken wird. Aber immerhin unterstreicht allein die gewandelte Namensgebung eine neue Herangehensweise an die Aufgabe der Integration und Bewältigung der Migration in Deutschland.

Eine wichtige Stellung innerhalb der interkulturellen Kulturarbeit nimmt auf Bundesebene der *Fonds Soziokultur* ein, der insbesondere vor dem Hintergrund des Internationalen Jahres 2001 der *Vereinten Nationen* »Dialog zwischen den Kulturen« einen Schwerpunkt auf die Förderung des interkulturellen Dialogs gesetzt hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die interkulturelle Kulturarbeit ein wertvoller, ja sogar unerlässlicher Bestandteil bei dem Bemühen um eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist. Sie ist dies vor allem aufgrund ihrer Eignung zur vorurteilsfreien Begegnung zwischen den Menschen verschiedener Kulturen und der bereichernden Gegenseitigkeit, mit der diese stattfindet.

*Grenzen und
Chancen inter-
kultureller
Kulturarbeit*

